

IKB Deutsche Industriebank AG

Düsseldorf und Berlin

Unternehmensbericht

für die Zulassung zum Börsenhandel im geregelten Markt

von

Euro 30.000.000,--

(in Worten: Euro dreißig Millionen)

4,50 % Genussscheine von 2004/2015

ISIN-Code DE0002731197

an der Börse Düsseldorf

Inhalt

Allgemeine Angaben.....	3
Wesentliche Ausstattungsmerkmale der EUR 30.000.000,-- 4,50 % Genussscheine von 2004/2015.....	4
Bedingungen der EUR 30.000.000,-- 4,50 % Genussscheine von 2004/2015.....	8
IKB Deutsche Industriebank AG.....	12
Lagebericht.....	16
Jahresabschluss zum 31. März 2004.....	38
Anhang und Konzernanhang.....	43
Bestätigungsvermerk.....	70
Entwicklung wichtiger Posten aus der Konzernbilanz.....	71
Untestierter Zwischenabschluss zum 30. September 2004.....	73
Jüngste Entwicklungen und Ausblick.....	77

Allgemeine Angaben

Verantwortung

Die IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf und Berlin, nachfolgend "IKB" genannt, übernimmt gemäß § 44 Börsengesetz die Prospekthaftung und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben dieses Prospektes richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

Unterlagen

Exemplare des Jahres-Geschäftsberichts per 31. März 2004 mit Anhang und Lagebericht sowie der Zwischenbericht per 30. September 2004 sind bei der IKB, Team Öffentlichkeitsarbeit, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf erhältlich oder können dort während der üblichen Geschäftszeiten eingesehen werden.

Rechtsstreitigkeiten

Die IKB ist in keine Gerichts- oder Schiedsverfahren verwickelt, die einen erheblichen Einfluss auf ihre wirtschaftliche Lage haben könnten oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind nach ihrer Kenntnis solche Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig oder angedroht.

**Wesentliche Ausstattungsmerkmale der
EUR 30.000.000,--
4,50 % Genussscheine von 2004/2015**

Begebung

Aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2002 ist der Vorstand ermächtigt, Genussscheine, die die Voraussetzungen für die Zurechnung des Genussscheinkapitals zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG erfüllen, im Gesamtnennbetrag von noch EUR 30 Mio. auszugeben.

Mit Beschluss vom 14. Dezember 2004 hat der Vorstand von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und mit Zustimmung des Aufsichtsrates Genussscheine in Höhe von EUR 30 Mio., unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, Valuta 23. Dezember 2004, begeben.

Zu einem vollständigen Bezugsrechtsausschluss war der Vorstand aufgrund der Ermächtigung ausdrücklich berechtigt, weil die Genussscheine mit Ausnahme der vom Kreditwesengesetz vorgegebenen Verlustteilnahme und Nachrangigkeit obligationsähnlich ausgestaltet sind und die Verzinsung sowie der Ausgabebetrag den im Zeitpunkt der Ausgabe aktuellen Marktkonditionen für vergleichbare Mittelaufnahmen entsprochen haben.

Emissionsbetrag/Stückelung

Die Genussscheine im Gesamtbetrag von EUR 30.000.000 sind in 300.000 Einheiten zu je EUR 100 eingeteilt.

Ausgabekurs

100 %.

Laufzeit/Kündigung

Die Genussscheine haben eine Laufzeit vom 23. Dezember 2004 bis zum 31. März 2015.

Die IKB kann die Genussscheine entsprechend § 10 Absatz 5 Satz 2 KWG durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen fristlos kündigen, wenn eine Änderung der Besteuerung zu Zusatzzahlungen an die Erwerber der Genussscheine führt.

Ansonsten kann die IKB die Genussscheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Jahren, frühestens jedoch zum 31. März 2010, jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, dass dies bei der IKB zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer oder sonstigen Steuern oder Abgaben führt. Die Kündigung darf - vorbehaltlich des in Satz 2 bestimmten Zeitpunkts - im Falle einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer frühestens zum Ende des Geschäftsjahres, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmals die Steuerbelastung bei der IKB anfallen würde, ausgesprochen werden. Die gekündigten

Genussscheine verbriefen bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. Im übrigen gilt Abs. 1 Sätze 2 - 4 sinngemäß.

Das Kündigungsrecht der Genussscheininhaber ist ausgeschlossen.

Ausschüttung

Die Genussscheine gewähren einen Anspruch auf eine auf das jeweilige Geschäftsjahr bezogene jährliche Ausschüttung in Höhe von 4,50 % des Nennwertes.

Die Genussscheine sind vom 23. Dezember 2004 an ausschüttungsberechtigt, d.h., für das Geschäftsjahr 2004/2005 für 99 Tage.

Die Ausschüttung für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 3. August des folgenden Geschäftsjahres fällig. Die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2004/2005 ist zusammen mit der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2005/2006 am 3. August 2006 fällig. Sofern am Fälligkeitstag der Jahresabschluss der IKB für das Geschäftsjahr, für das die Ausschüttung erfolgt, noch nicht endgültig festgestellt ist, wird die Ausschüttung am nächsten Geschäftstag nach der endgültigen Feststellung fällig.

Die Ausschüttung auf die Genussscheine ist dadurch begrenzt, dass durch sie kein Jahresfehlbetrag entstehen darf. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu befriedigen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Ausschüttung erfolgt nach den jeweils geltenden steuerlichen Bestimmungen, d. h., zur Zeit unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer zuzüglich des hierauf entfallenden Solidaritätszuschlags von 5,5 %. Eine Körperschaftsteuergutschrift ist mit der Ausschüttung nicht verbunden.

Verbriefung/Lieferung

Die Genussscheine sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt/Main, hinterlegt ist. Anteile an den Genussscheinen können in durch Euro 100,-- teilbaren Beträgen übertragen werden. Effektive Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

Rückzahlung

Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß § 4 der Genussscheinbedingungen werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 03. August 2015 fällig und wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine an bis zur Fälligkeit mit einem Zinssatz von 4,50 % p.a. verzinst.

Teilnahme am Verlust

Die Genussscheininhaber nehmen an einem etwaigen Verlust (Jahresfehlbetrag) in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsansprüche, und zwar im Verhältnis der Rückzahlungsansprüche zu dem in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne andere nachrangige Verbindlichkeiten), teil.

Besserungsabrede

Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Jahresüberschüsse erzielt, so sind aus diesen - nach der gesetzlich vorgeschriebenen Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklage - die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Verwendung der Jahresüberschüsse vorgenommen wird. Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Nachrangigkeit

Die Forderungen aus den Genussscheinen gehen den Forderungen aller anderen Gläubiger der IKB, die nicht ebenfalls nachrangig sind, im Range nach. Im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB oder im Falle der Liquidation der IKB werden die Genussscheine erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger und vorrangig vor den Aktionären bedient; die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Abgrenzung zu Gesellschafterrechten

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, die keine Gesellschafterrechte, insbesondere keine Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrechte in den Hauptversammlungen der IKB, beinhalten.

Bestandsgarantie

Der Bestand der Genussscheine wird vorbehaltlich § 4 der Genussscheinbedingungen weder durch Verschmelzung oder Umwandlung der IKB noch durch eine Veränderung ihres Grundkapitals berührt.

Hinweis gemäß § 10 Abs. 5 KWG

Nachträglich können die Teilnahme am Verlust nicht geändert, der Nachrang der Genussscheine nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Ein vorzeitiger Rückerwerb oder eine anderweitige Rückzahlung ist außer in den Fällen des § 10 Abs. 5 Satz 6 KWG der IKB ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt.

Hinweis gemäß § 23a KWG

Die IKB weist darauf hin, dass die Genussscheine nicht der Sicherung durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. und der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unterliegen.

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der IKB, die die Genussscheine betreffen, erfolgen im Bundesanzeiger und in einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Genussscheininhaber bedarf es nicht.

Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Die Genussscheinbedingungen sowie alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus den in diesen Genussscheinbedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergeben, ist Düsseldorf, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen.

Zahlstellen

Zahlungen von Kapital und Ausschüttungen erfolgen durch die IKB als Zahlstelle an die Clearstream Banking AG zur Weiterleitung auf die jeweiligen Konten der Genussscheininhaber.

Die IKB ist berechtigt, durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen weitere Banken als Zahlstelle zu benennen.

Wertpapier-Kenn-Nummer
273 119

ISIN-Code DE0002731197

**Bedingungen der EUR 30.000.000,--
4,50 % Genussscheine von 2004/2015
WKN 273 119**

§ 1

- (1) Die IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf und Berlin, nachfolgend "IKB" genannt, gibt unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre aufgrund der von der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2002 erteilten Ermächtigung und mit Zustimmung des Aufsichtsrates Genussscheine gemäß § 10 Absatz 5 KWG im Nennbetrag von Euro 30.000.000,-- (i.W.: Euro dreißig Millionen) aus.
- (2) Die Genussscheine lauten auf den Inhaber und sind eingeteilt in 300.000 untereinander gleichberechtigte Genussscheine im Nennbetrag von jeweils Euro 100,--. Die Genussscheine sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, hinterlegt ist. Effektive Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

§ 2

- (1) Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre der IKB vorgehende jährliche Ausschüttung in Höhe von 4,50 % des Nennbetrags der Genussscheine.
- (2) Die Ausschüttung auf die Genussscheine ist dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu befriedigen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.
- (3) Die Genussscheine sind vom 23. Dezember 2004 an ausschüttungsberechtigt, d. h. die erste Ausschüttung erfolgt anteilig für das Geschäftsjahr 2004/2005. (Berechnungsmethode actual/actual nach ISMA-Regel 251).
- (4) Die Ausschüttung für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 3. August des folgenden Geschäftsjahres fällig. Die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2004/2005 ist zusammen mit der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2005/2006 am 3. August 2006 fällig. Sofern am Fälligkeitstag der Jahresabschluss der IKB für das Geschäftsjahr, für das die Ausschüttung erfolgt, noch nicht endgültig festgestellt ist, wird die Ausschüttung am nächsten Geschäftstag nach der endgültigen Feststellung fällig.
- (5) Ist der Fälligkeitstag für eine Ausschüttung nach Abs. 4 kein Bankarbeitstag, so hat die Zahlung am darauffolgenden Bankarbeitstag zu erfolgen.

§ 3

- (1) Die Laufzeit der Genussscheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2014/2015, also auf den 31. März 2015, befristet. Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß § 4 der Genussscheinbedingungen werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 03. August 2015 fällig und wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine an bis zur Fälligkeit mit einem Zinssatz von 4,50 % p.a. verzinst. § 2 Abs. 4 Satz 3 und Abs. 5 der Genussscheinbedingungen gelten entsprechend.
- (2) Die IKB kann die Genussscheine entsprechend § 10 Absatz 5 Satz 2 KWG durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen fristlos kündigen, wenn eine Änderung der Besteuerung zu Zusatzzahlungen an die Erwerber der Genussscheine führt.

Ansonsten kann die IKB die Genussscheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Jahren, frühestens jedoch zum 31. März 2010, jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, dass dies bei der IKB zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer oder sonstigen Steuern oder Abgaben führt. Die Kündigung darf - vorbehaltlich des in Satz 2 bestimmten Zeitpunkts - im Falle einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer frühestens zum Ende des Geschäftsjahres, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmals die Steuerbelastung bei der IKB anfallen würde, ausgesprochen werden. Die gekündigten Genussscheine verbriefen bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. Im übrigen gilt Abs. 1 Sätze 2 - 4 sinngemäß.

Das Kündigungsrecht der Genussscheininhaber ist ausgeschlossen.

§ 4

- (1) Die Genussscheininhaber nehmen an einem etwaigen Verlust (Bilanzverlust) in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsansprüche, und zwar im Verhältnis der Rückzahlungsansprüche zu dem in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne andere nachrangige Verbindlichkeiten), teil.
- (2) Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Jahresüberschüsse erzielt, so sind aus diesen - nach der gesetzlich vorgeschriebenen Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklage - die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Verwendung der Jahresüberschüsse vorgenommen wird. Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

§ 5

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, die keine Gesellschafterrechte, insbesondere keine Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrechte in den Hauptversammlungen der IKB, beinhalten.

§ 6

- (1) Die Forderungen aus den Genussscheinen gehen den Forderungen aller anderen Gläubiger der IKB, die nicht ebenfalls nachrangig sind, im Range nach. Im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB oder im Falle der Liquidation der IKB werden die Genussscheine erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger und vorrangig vor den Aktionären bedient; die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.
- (2) Die Aufrechnung der Ansprüche aus den Genussscheinen gegen Forderungen der IKB ist ausgeschlossen; den Genussscheininhabern werden keine Sicherheiten durch die IKB oder Dritte eingeräumt.

§ 7

- (1) Die IKB behält sich vor, weitere Genussscheine zu gleichen oder anderen Bedingungen auszugeben. Ein Bezugsrecht der Genussscheininhaber ist nicht gegeben.
- (2) Alle Inhaber von Genussscheinen nehmen an den Zahlungen gemäß den jeweiligen Genussscheinbedingungen stets gleichrangig teil.

§ 8

Der Bestand der Genussscheine wird vorbehaltlich § 4 der Genussscheinbedingungen weder durch Verschmelzung oder Umwandlung der IKB noch durch eine Veränderung ihres Grundkapitals berührt.

§ 9

Nachträglich können die Teilnahme am Verlust (§ 4 der Genussscheinbedingungen) nicht geändert, der Nachrang der Genussscheine (§ 6 der Genussscheinbedingungen) nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist (§ 3 der Genussscheinbedingungen) nicht verkürzt werden. Ein vorzeitiger Rückerwerb oder eine anderweitige Rückzahlung ist außer in den Fällen des § 10 Abs. 5 Satz 6 KWG der IKB ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt.

§ 10

- (1) Bekanntmachungen der IKB, die die Genussscheine betreffen, erfolgen im Bundesanzeiger und in je einem Pflichtblatt derjenigen deutschen Börse, an der die Genussscheine zum Regierten Markt zugelassen sind.
- (2) Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Genussscheininhaber bedarf es nicht.

§ 11

- (1) Zahlungen von Kapital und Ausschüttungen erfolgen durch die IKB als Zahlstelle an die Clearstream Banking AG zur Weiterleitung auf die jeweiligen Konten der Genussscheininhaber.
- (2) Die IKB ist berechtigt, durch Bekanntmachung gemäß § 10 der Genussscheinbedingungen weitere Banken als Zahlstellen zu benennen.

§ 12

- (1) Die Genussscheinbedingungen sowie alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Erfüllungsort ist Düsseldorf.
- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus den in diesen Genussscheinbedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergeben, ist Düsseldorf, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen.

§ 13

Gemäß § 23 a KWG weist die IKB darauf hin, dass die Genussscheine nicht der Sicherung durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. und der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unterliegen.

§ 14

Sollte eine der Bestimmungen dieser Genussscheinbedingungen unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Für eine etwa hierdurch entstehende Lücke soll eine dem Sinn und Zweck dieser Bedingungen entsprechende Regelung gelten.

Düsseldorf/Berlin, im Dezember 2004

IKB Deutsche Industriebank AG

IKB Deutsche Industriebank AG

Gründung und Sitz des Unternehmens

Die IKB Deutsche Industriebank AG („IKB“) wurde 1949 unter dem Namen Industriekreditbank AG in Düsseldorf (HRB Nr. 1130) gegründet. Im Jahre 1974 übernahm sie im Wege der Verschmelzung das Vermögen der Deutschen Industriebank, Berlin, und führte anschließend den Namen Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank. Gleichzeitig wurde neben ihrem Sitz in Düsseldorf ein zweiter Sitz in Berlin (HRB Nr. 8860 Charlottenburg) begründet. Seit dem 1. November 1991 firmiert sie unter ihrem jetzigen Namen.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere durch Bereitstellung von mittel- und langfristigen Finanzierungen oder Eigenkapital bzw. Eigenkapitalsurrogaten und Leasingfinanzierungen sowie der damit verbundenen Beratungsleistungen. Den Finanzierungsbedürfnissen des Mittelstandes soll bevorzugt Rechnung getragen werden.

Außerdem kann die Gesellschaft sonstige Finanzierungen im In- und Ausland übernehmen oder sich an solchen beteiligen, Grundstücke erwerben, verwalten oder veräußern, sich an anderen Unternehmen beteiligen und solche Unternehmen gründen oder erwerben sowie Zweigniederlassungen im In- und Ausland einrichten.

Soweit gesetzlich zulässig, darf die Gesellschaft alle Geschäfte und Maßnahmen durchführen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, ihre Geschäftstätigkeit auch durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen zu verwirklichen sowie Unternehmens- und Kooperationsverträge abzuschließen.

Die IKB hat inländische Niederlassungen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig, München und Stuttgart, außerdem ausländische Niederlassungen in Luxemburg, Paris und London, sowie eine Repräsentanz in Bangkok. Ausländische Tochtergesellschaften sind in Luxemburg die IKB International S.A, in Amsterdam die IKB Finance B.V., in Paris die IKB FINANCIERE FRANCE S.A., in Delaware die IKB Funding LLC I und IKB Funding LLC II (seit 29. Juni 2004), in New York die IKB Capital Corporation und gemeinsam mit UniCredit Banca Mobiliare die IKB CorporateLab S.A. in Luxemburg.

Inländische Tochtergesellschaften sind u.a. die IKB Leasing GmbH, die IKB Immobilien Leasing GmbH (mit Wirkung zum 01. Januar 2005 hat die IKB AG 50% ihrer Anteile hieran an die KfW verkauft), die IKB Immobilien Management GmbH, Private Equity GmbH, IKB Mezzanine GmbH & Co. KG und die IKB Mezzanine Verwaltungs GmbH.

Grundkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Euro 225.280.000 und ist in 88.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt.

Am Grundkapital der Gesellschaft ist die KfW Beteiligungsholding GmbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, mit 37,8 % und die Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft, Köln, mit 11,7 % beteiligt, die übrigen Anteile werden von institutionellen und privaten Aktionären gehalten.

Organe der Bank

Der Vorstand der IKB Deutsche Industriebank AG besteht satzungsgemäß aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Den Vorstand bilden gegenwärtig die Herren:

	Eintrittsdatum
Dr. Markus Guthoff	April 1, 2001
Claus Momburg	November 12, 1997
Joachim Neupel	Juli 1, 1989
Stefan Ortseifen, <i>Sprecher des Vorstands</i> <i>(seit 09. September 2004)</i>	November 1, 1994
Frank Schönherr	April 1, 2004

Eine Erklärung des Vorstandes muss, um für die Gesellschaft verbindlich zu sein, von zwei Mitgliedern des Vorstandes oder von einem Mitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen abgegeben werden.

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus 21 Mitgliedern. Ein Mitglied soll auf Vorschlag der Bundesregierung, ein Mitglied auf Vorschlag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt werden. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden, denen Befugnisse des Aufsichtsrates übertragen werden können.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. h.c. Ulrich Hartmann
Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON AG
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Alexander v. Tippelskirch
Düsseldorf
(seit 09. September 2004)
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
der IKB Deutsche Industriebank AG
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Norbert Walter-Borjans
Düsseldorf
(seit 09. September 2004)
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft
und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Jürgen Behrend
Lippstadt
Geschäftsführender persönlich haftender
Gesellschafter der
Hella KGaA Hueck & Co.

Ministerialdirektor Jörg Asmussen
Berlin
Leiter der Abteilung VII
Bundesministerium der Finanzen

Dr. Ing. E.h. Eberhard Reuther
Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Körber Aktiengesellschaft

Dr. Michael Rogowski
Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Voith AG

Dieter Ammer
Hamburg
(seit 09. September 2004)
Vorsitzender des Vorstands
der Tchibo Holding AG

Hans W. Reich
Frankfurt am Main
Sprecher des Vorstands der
KfW Bankengruppe
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel
Berlin
(ausgeschieden: 10. Mai 2004)
Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft
Gottfried Wilhelm Leibniz e.V.

Hermann Franzen
Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

Dr. Jürgen Heraeus
Hanau
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Heraeus Holding GmbH

Rechtsanwalt Roland Oetker
Düsseldorf
Geschäftsführender Gesellschafter
der ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

Randolf Rodenstock
München
Geschäftsführender Gesellschafter
der Optische Werke G. Rodenstock KG

Dr.-Ing. Mathias Kammüller
Ditzingen
(seit 09. September 2004)
Sprecher der Geschäftsführung
der TRUMPF Werkzeugmaschinen
GmbH + Co. KG

Herbert Hansmeyer
München
(ausgeschieden: 09. September 2004)
Mitglied des Vorstands i.R. der Allianz
Aktiengesellschaft

Jörg Bickenbach
 Düsseldorf
(ausgeschieden: 09. September 2004)
 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft
 und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. h.c. Reinhold Würth
 Künzelsau
(ausgeschieden: 09. September 2004)
 Vorsitzender des Beirats der Würth Gruppe

Employees' Representatives on the Supervisory Board

Wolfgang Bouché
 Düsseldorf
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Roswitha Loeffler
 Berlin
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Wilhelm Lohscheidt
 Düsseldorf
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Jürgen Metzger
 Hamburg
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Rita Röbel
 Leipzig
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Dr. Carola Steingräber
 Berlin
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Ulrich Wernecke
 Düsseldorf
 IKB Deutsche Industriebank
 Aktiengesellschaft

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März.

Mitarbeiter

Am 31. März 2004 waren im Konzern 1.486 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der Gesellschaft ist die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Am Bonnehof 35, 40474 Düsseldorf. Der Abschlussprüfer hat die Jahresabschlüsse und Konzernabschlüsse der IKB Deutsche Industriebank AG für die letzten drei Geschäftsjahre geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2003/ 2004 hat die IKB ihr Engagement im Rahmen der Verbriefungen weiter ausgebaut. Darüber wurde durch Tätigkeiten der Geschäftsfelder die Ertragsbasis verbreitet sowie über Zinsmanagement die Erträge aus der Liquiditätsreserve weiter erhöht. Von ebenfalls großer Bedeutung für die Geschäftsentwicklung der Bank waren Maßnahmen zur Erhöhung der Eigenmittel.

Wichtige Impulse für unsere positive Geschäftsentwicklung resultierten auch aus dem Ausbau der strategischen Partnerschaft mit der KfW Bankengruppe sowie aus der Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartnern Natexis Banque Populaire, Sal. Oppenheim sowie UniCredito Italiano.

Im Einzelnen konnte die IKB durch die Zusammenarbeit mit der KfW ein zusätzliches Auszahlungsvolumen von mehr als 400 Mill. EUR erzielen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bereiche Unternehmensfinanzierung und Strukturierte Finanzierung.

Noch höher als dieses Neugeschäft ist für die IKB aber die Tatsache zu werten, dass sie mit der KfW über einen Anteilseigner verfügt, der die IKB bei der geschäftspolitischen, auf den Mittelstand ausgerichteten Strategie am Markt nachhaltig unterstützt.

Die im Februar 2003 mit dem Bankhaus Sal. Oppenheim eingegangene Kooperation hat sich gut entwickelt. Während die IKB ihren Kunden im Rahmen dieser Kooperation sämtliche Kapitalmarktprodukte, die M & A-Beratung sowie den großen Bereich der Vermögensverwaltung anbietet, offeriert Sal. Oppenheim seinen Kunden zusätzlich zahlreiche Facetten der Langfristfinanzierung. Zur Untermauerung dieser Kooperation hat Sal. Oppenheim 3 % des Aktienkapitals der IKB übernommen.

Das Joint Venture mit der UniCredit Banca Mobiliare (UBM), einer Tochtergesellschaft der UniCredit Italiano, hat am 1. Oktober 2003 unter dem Namen IKB CorporateLab S. A. seine Arbeit in Luxemburg aufgenommen. Im Fokus steht dabei die Beratung der IKB-Kunden im Hinblick auf ein umfassendes Financial Risk Management zur Optimierung des unternehmerischen Zins- und Währungsmanagements.

Intensiviert hat die IKB auch die Zusammenarbeit mit unserem französischen Kooperationspartner, der Natexis Banque Populaire. Mit dem Vorgänger dieser Bank, dem Crédit National, ist die IKB im Jahr 1992 eine Kooperation eingegangen. Die Natexis ist in unserem Haus in Düsseldorf mit einer Niederlassung vertreten. Im Fokus der Natexis in Deutschland steht die Unternehmensfinanzierung, die Strukturierte Finanzierung sowie die Akquisitionsfinanzierung.

Im Geschäftsjahr 2003/2004 hat die IKB ihre Eigenmittel im Zuge verschiedener Transaktionen um 0,6 Mrd. EUR auf 3,6 Mrd. EUR aufgestockt. Im Einzelnen hat sie zu Beginn des Jahres 2004 eine stille Beteiligung in Höhe von 200 Mill. EUR bei in- und ausländischen Investoren platziert.

Der IKB Konzern hat im Mai und Juni 2004 Trust Preferred Securities in Höhe von EUR 175 Mio. zurückgekauft. Diese Trust Preferred Securities wurden am 23. Juni aufgelöst. Des Weiteren hat der IKB Konzern am 29. Juni 2004 neue Trust Preferred Securities in Höhe von EUR 400 Mio aufgelegt.

Bereits zuvor hat die IKB ihre nachrangigen Verbindlichkeiten verstärkt. Da gleichzeitig auf Grund von planmäßigen Tilgungen das Genussrechtskapital rückläufig war, ergibt sich für das Ergänzungskapital eine Erhöhung um 0,4 Mrd. EUR auf 1,6 Mrd. EUR.

Eckdaten

Die wirtschaftliche Entwicklung des IKB-Konzerns stellte sich im Geschäftsjahr 2003/2004 wie folgt dar:

- Anstieg des Zinsüberschusses um 8,3 % auf 525 Mill. EUR (in der AG um 2,1 % auf 431 Mill. EUR)
- Erhöhung des Provisionsüberschusses um 32,1 % auf 85 Mill. EUR (AG: + 23,7 % auf 101 Mill. EUR)
- Zunahme der Verwaltungsaufwendungen um 5,6 % auf 232 Mill. EUR (AG: + 7,7 % auf 186 Mill. EUR)
- Rückgang des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses um 44,6 % auf 11 Mill. EUR sowie
- Anstieg des Risikovorsorgesaldos um 28 Mill. EUR auf 212 Mill. EUR (AG: + 32 Mill. EUR auf 185 Mill. EUR) bei gleichzeitiger Erhöhung der Nettorisikovorsorge um 35 Mill. EUR auf 284 Mill. EUR sowie Zunahme des Wertpapierergebnisses um 7 Mill. EUR auf 72 Mill. EUR.

Für das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit resultiert danach ein Anstieg um 8,3 % bzw. 14 Mill. EUR auf 181 Mill. EUR. Das Ergebnis je Stückaktie beträgt 2,05 EUR (Vorjahr 1,90 EUR); Verwässerungseffekte sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten.

Die Kosten-Ertrags-Relation für den Konzern verbesserte sich auf 37,2 % (38,6 %), die Eigenkapitalrendite vor Steuern auf 15,6 % (15,0 %). Der Gewinn nach Steuern stieg um 22,1 % auf 105 Mill. EUR.

Angesichts dieser Entwicklung schlägt der Vorstand dem Aufsichtsrat vor, die Dividende für das Geschäftsjahr 2003/2004 auf 0,80 EUR (0,77 EUR) je Stückaktie zu erhöhen. Aus dem Konzernjahresüberschuss werden zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Konzernrücklagen 37 Mill. EUR zugeführt (AG: 29 Mill. EUR). Eine weitere Erhöhung um 9 Mill. EUR resultiert aus der Entkonsolidierung von Objektgesellschaften der IKB Immobilien Leasing GmbH. Wegen Einzelheiten verweisen wir auf unsere Erläuterungen im Anhang zum Konsolidierungskreis.

Abhängigkeitsbericht

Für das abgelaufene Geschäftsjahr hat die IKB einen Abhängigkeitsbericht gem. § 312 AktG erstellt.

Kreditgeschäft und Aktivposten

Das Konzernkreditvolumen erreichte zum 31. März 2004 einen Wert von 31,2 Mrd. EUR (30,7 Mrd. EUR); dieses Volumen enthält die Forderungen an Kunden, Kredite an Kreditinstitute, verbrieftes Kreditgeschäft in Form von Schuldverschreibungen, Leasinggegenstände sowie Bürgschaften.

Im Einzelnen ergibt sich für diese Komponenten die folgende Entwicklung: Die Kundenforderungen sind – trotz des hohen Neugeschäftes – in Folge hoher vorzeitiger Tilgungen auf 24,1 Mrd. EUR (24,8 Mrd. EUR) rückläufig gewesen; ihr Anteil an der Bilanzsumme beläuft sich auf 65 % (68 %). Für die AG lauten die entsprechenden Zahlen 21,2 Mrd. EUR und 21,8 Mrd. EUR bzw. 56 % (59 %). Im Verbrieften Kreditgeschäft, das unter der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfasst wird, konnte eine Zunahme von 1,2 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR erzielt werden.

Für das Stichtagskreditvolumen im Geschäftsfeld Unternehmensfinanzierung ergibt sich wegen der angesprochenen Tilgungen ein Rückgang auf 15,5 Mrd. EUR (16,0 Mrd. EUR). Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das Geschäftsfeld Strukturierte Finanzierung festzustellen, das trotz hoher Auszahlungen einen Rückgang beim Kreditvolumen auf 3,8 Mrd. EUR (4,2 Mrd. EUR) aufwies. Ein unverändertes Kreditvolumen ergibt sich für den Bereich der Immobilienfinanzierung, bei dem das Neugeschäft den Tilgungen entsprach.

Das Volumen der Leasinggegenstände wird wegen des Entkonsolidierungseffektes eines Teils der Objektgesellschaften mit 2,2 Mrd. EUR (2,5 Mrd. EUR) niedriger als im Vorjahr ausgewiesen. Insgesamt entfallen 63 % der Leasinggegenstände auf den Immobilien- und 37 % auf den Mobilienbereich.

Zurückgegangen sind die Bürgschaftsverpflichtungen, nämlich auf 1,9 Mrd. EUR nach zuvor 2,2 Mrd. EUR. Für die AG lauten die entsprechenden Zahlen 4,0 Mrd. EUR und 4,6 Mrd. EUR. In diesem Posten sind mit 1,1 Mrd. EUR Credit Default Swaps enthalten, mit denen die IKB Kreditrisiken aus internationalen Portfolios übernimmt.

Die Forderungen an Kreditinstitute ermäßigten sich auf 1,2 Mrd. EUR (2,1 Mrd. EUR). Diese Entwicklung betrifft nahezu ausschließlich den Tagesgeldbereich sowie die mittelfristigen Bankforderungen. Wegen hoher konzerninterner Forderungen beläuft sich die AG-Zahl auf 8,0 Mrd. EUR (8,2 Mrd. EUR).

Den Bestand an Schuldverschreibungen haben wir auf 8,2 Mrd. EUR (5,9 Mrd. EUR) aufgestockt. Diese Position, die mittlerweile 22 % der Bilanzsumme repräsentiert, enthält 4,6 Mrd. EUR für die Sicherheitenstellung von Tendergeschäften mit der Deutschen Bundesbank und 2,9 Mrd. EUR verbrieftes Kreditgeschäft. Der Bestand an Schuldverschreibungen in der AG beträgt 7,7 Mrd. EUR (5,7 Mrd. EUR) bzw. 20 %.

Für die Konzernbilanzsumme ergibt sich eine Zunahme um 0,5 Mrd. EUR bzw. 1 % auf 37,0 Mrd. EUR. Für die AG beträgt die Zunahme 1,2 Mrd. EUR auf 38,0 Mrd. EUR.

Refinanzierung

Die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten hat die IKB in einem hohen Maße über die Emission von Inhaberschuldverschreibungen finanziert. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 8,8 Mrd. EUR platziert, während sich die Tilgungen auf 7,8 Mrd. EUR beliefen. Für den Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten bedeutet dies sowohl im Konzern als auch in der AG eine Zunahme um 1,0 Mrd. EUR auf 14,7 Mrd. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 1,1 Mrd. EUR auf 15,1 Mrd. EUR ermäßigt, in der AG um 0,5 Mrd. EUR auf 16,8 Mrd. EUR. Rückgänge ergaben sich

sowohl im Tagesgeldbereich als auch bei den langfristigen Verpflichtungen. Letzteres hat vor allem mit den bereits erwähnten hohen Tilgungen unserer Kunden gerade auch bei den öffentlichen Programmkrediten zu tun. Dagegen hat die IKB befristete Geldmarktmittel in Höhe von 1,2 Mrd. EUR im Konzern aufgenommen.

Eigenmittel

Die IKB hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine stille Beteiligung begeben, wodurch das Kernkapital um 200 Mill. EUR erhöht wurde. Überdies sind die Gewinnrücklagen im Konzern um 46 Mill. EUR (AG: 29 Mill. EUR) gestiegen; damit weisen die Konzernrücklagen insgesamt zum 31. März 2004 eine Höhe von 919 Mill. EUR (AG: 943 Mill. EUR) auf.

Deutlich erhöht, nämlich um 410 Mill. EUR auf 1,0 Mrd. EUR, hat die IKB ihre Nachrangigen Verbindlichkeiten. Dagegen ging das Genussrechtskapital wegen planmäßiger Tilgungen um 51 Mill. EUR zurück. Die Eigenmittel im Konzern beliefen sich zum 31. März 2004 auf 3,6 Mrd. EUR (AG: 3,5 Mrd. EUR), von denen 2,0 Mrd. EUR (AG: 1,6 Mrd. EUR) Kernkapital im aufsichtsrechtlichen Sinne darstellen.

Bezogen auf den Konzern erreichte die Grundsatz I-Kennziffer am Bilanzstichtag eine Größe von 12,8 % (12,1 %); die Kernkapitalquote betrug unverändert 7,4 %. In der IKB AG beliefen sich die entsprechenden Werte auf 12,4 % (12,0 %) und 6,9 % (6,4 %). Diese Kennzahlen zeigen, dass die Bank über ausreichende Eigenmittel verfügt, um ein weiteres Wachstum der Geschäftsaktivitäten darstellen zu können.

Ertragsentwicklung

Der Zinsüberschuss ist im IKB Konzern um 8,3 % auf 525 Mill. EUR angestiegen. Die wichtigsten Bestimmungsgründe hierfür sind gestiegene Zinserträge in den Geschäftsfeldern nicht zuletzt durch eine weitere Erhöhung der Marge, höhere Ergebnisse im Rahmen unseres Zinsmanagements sowie verstärkte Aktivitäten im Rahmen unserer Verbriefungen.

Weiter spürbar zugenommen, nämlich um 32,1 % auf 85 Mill. EUR, hat der Provisionsüberschuss (AG: +23,7 % auf 101 Mill. EUR). Dies ist zum größten Teil auf die anhaltend positive Entwicklung im Segment Verbriefungen zurückzuführen. Allerdings nehmen auch die Provisionserträge in unserem in- und ausländischen Kreditgeschäft kontinuierlich zu. Eine Verbesserung zeigte auch das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, das auf 3 Mill. EUR (1 Mill. EUR) angewachsen ist.

Die Verwaltungsaufwendungen haben um 5,6 % auf 232 Mill. EUR zugenommen (AG: +7,7 % auf 186 Mill. EUR). Dieser Zuwachs ergibt sich vor allem aus dem Anstieg des durchschnittlichen Personalbestandes.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis weist mit 11 Mill. EUR einen niedrigeren Wert als im Vorjahr auf (20 Mill. EUR). Der Hauptgrund hierfür besteht darin, dass im Berichtszeitraum wesentlich geringere Exiterträge im Geschäftsfeld Private Equity angefallen sind.

Risikosituation

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Berichtszeitraum im dritten Jahr der Stagnation. Entsprechend stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem ohnehin schon hohen Vorjahresniveau nochmals um fast 5 % auf 39.000 an. Vor diesem Hintergrund hat sich die Risikosituation bislang nicht entspannt.

Die Exporte der deutschen Wirtschaft sind in den letzten drei Jahren jeweils mit Raten zwischen 2 % - 5 % angewachsen. Demgegenüber erfuhren die Unternehmensinvestitionen einen regelrechten Einbruch; denn insgesamt sind diese im genannten Zeitraum um 17 % rückläufig gewesen.

Schwach entwickelte sich auch der private Konsum, die eigentliche Stütze der Inlandsnachfrage. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die hohe Zahl der Arbeitslosen eine enorme Belastung für die Budgets der Privathaushalte darstellt, da die Abgabenquote in den letzten Jahren mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen ist.

Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage erwirtschafteten immer mehr Unternehmen Verluste und konnten ihre Verbindlichkeiten nicht – oder nur mit großer Zeitverzögerung – begleichen. Dies führt dazu, dass selbst im Prinzip wirtschaftlich gesunde Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Vor diesem Hintergrund musste der IKB Konzern die Nettorisikovorsorge um 35 Mill. EUR auf 284 Mill. EUR anheben. In der IKB AG belaufen sich diese Zahlen auf 45 Mill. EUR und 257 Mill. EUR. Der Risikovorsorgesaldo im Konzern ist um 28 Mill. EUR auf 212 Mill. EUR angestiegen; für die IKB AG beträgt die Zunahme 32 Mill. EUR auf 185 Mill. EUR. Das Wertpapierergebnis im Konzern ist um 7 Mill. EUR auf 72 Mill. EUR gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr gestiegen, in der IKB AG um 13 Mill. EUR auf ebenfalls 72 Mill. EUR.

Der Bestand an Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Rückstellungen im Kreditgeschäft betrug am 31. März 2004 im Konzern 1.005 Mill. EUR (953 Mill. EUR) und in der AG 883 Mill. EUR (833 Mill. EUR).

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im IKB Konzern ist um 8,3 % auf 181 Mill. EUR angestiegen. In der IKB AG dagegen ergibt sich ein Rückgang um 11,5 % auf 162 Mill. EUR. Dies ist auf geringere Erträge aus Beteiligungen sowie eine höhere Risikovorsorge zurückzuführen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Jahresüberschuss des IKB Konzerns beläuft sich im Berichtsjahr auf 104,8 Mill. EUR (AG: 99,0 Mill. EUR). Nach Dotierung der Anderen Gewinnrücklagen um 36,8 Mill. EUR (AG: 28,6 Mill.) und nach Verrechnung der auf die anderen Gesellschafter entfallenden

Gewinne und Verluste im IKB Konzern von per Saldo 2,4 Mill. EUR verbleibt sowohl im IKB Konzern als auch in der IKB AG ein Bilanzgewinn von 70,4 Mill. EUR. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Gewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 0,80 EUR (Vj. 0,77 EUR) pro Stückaktie zu verwenden.

Risikobericht

Ziele und Strategien

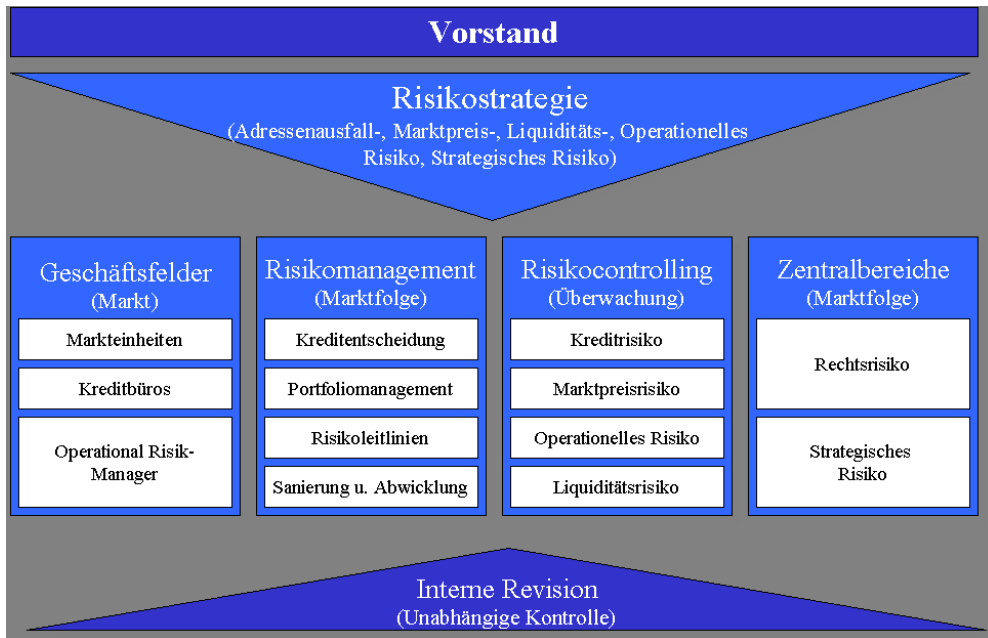
Geprägt durch eine Risikokultur, die sich durch einen konservativen Umgang mit Risiken auszeichnet, steht das Risikomanagement der IKB auf dem Fundament der Risikotragfähigkeit und der daraus abgeleiteten und vom Vorstand vorgegebenen Risikoobergrenzen. Die Bemessung der Risikotragfähigkeit orientiert sich am aktuellen Rating der IKB von Aa3 (Moody's) und impliziert daher ein konservatives Risikoverhalten. Die Eckpfeiler unserer Risikostrategie sind die umfassende und kontinuierliche Identifikation, Messung und Überwachung aller Risiken aus dem Unternehmensprozess und die Einbettung der hier gewonnenen Erkenntnisse in die Risiko-/Ertrags-Steuerung der Bank.

Risikoorganisation

Ein in funktionaler und organisatorischer Hinsicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechendes und auf das Geschäftsmodell der IKB zugeschnittenes Risikomanagement-System ist die Basis für die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des gesamten Risikosteuerungs-Prozesses. Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagementhandbuch dokumentiert, das fortlaufend aktualisiert wird. Unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und bankinternen Anforderungen fixiert diese Richtlinie in Verbindung mit der Kreditrisikostrategie und mit spezifischen Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB.

Sowohl im Zusammenhang mit den Überlegungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Eigenkapitalunterlegung der Banken (Basel II) als auch durch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichten Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) wurden Prinzipien zum Management von Kreditrisiken formuliert, die qualitative Standards an die Organisation des Risikomanagements definieren.

Zentrale Elemente der MaK sind vor allem die strenge organisatorische Trennung von Markt- und Marktfolgeeinheiten sowie Vorgaben zur Gestaltung der Kreditprozesse und zur Berichterstattung. Die IKB hat seit jeher den Bereich Risikomanagement als Marktfolgeeinheit disziplinarisch und funktional von den Markteinheiten getrennt. Während unsere Marktverantwortlichen unseren Kunden als primärer Ansprechpartner in allen Fragen des Kreditgeschäftes zur Verfügung stehen, nimmt der Bereich Risikomanagement die unabhängige Analyse aller Einzelengagements sowie deren Bonitätsbeurteilung wahr. Durch die Trennung von Risikomanagement und Risikocontrolling haben wir zusätzliche Vorkehrungen im Rahmen der Risikoüberwachung getroffen. Dabei ist eine fachliche Verzahnung der Bereiche bei gleichzeitig unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten gewährleistet.



Vorstand. Für das IKB-Risikomanagement zeichnet der Gesamtvorstand verantwortlich. Er legt die Risikopolitik in Form einer klar formulierten Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsarten fest und definiert das vertretbare Gesamtrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit.

Risiko-Ausschüsse. Durch die Einrichtung spezifischer Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen (Ausschuss Zinsrisikopolitik, Kreditrisikokomitee, Limitkomitee) wird der Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung unterstützt. Diese Ausschüsse sind sowohl für Grundsatzfragen als auch für die Entscheidung konkreter Einzeltransaktionen auf der Grundlage der vom Vorstand vorgegebenen Rahmenbedingungen zuständig. Die Ausschüsse setzen sich aus Mitgliedern des Vorstandes, der operativen Geschäftsfelder und den Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Risikomanagement. Der Bereich Risikomanagement ist verantwortlich für die Umsetzung und Einhaltung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft sowie für die Kreditportfoliosteuerung. Zu den wesentlichen Aufgaben des Risikomanagements zählt neben der Formulierung der Richtlinien zur Kreditanalyse und -entscheidung vor allem auch der gesamte Kreditgenehmigungsprozess mit der Ausübung eigener Kreditkompetenzen. Ferner gehört es zum Aufgabenbereich des Risikomanagements, eine angemessene Risikovorsorge für identifizierte Risiken zu ermitteln und vorzuschlagen. Damit stellt das Risikomanagement die Marktfolgeeinheit im Sinne der MaK dar.

Für die Steuerung des Kreditrisikos wird das Risikomanagement in den jeweiligen Geschäftsfeldern durch Kreditbüros unterstützt, die jedoch nicht als Marktfolgeeinheiten

definiert sind. Kreditentscheidungen werden - mit Ausnahme von durch die MaK zugelassenen Bagatellentscheidungen - seitens der Marktfolgeeinheit getroffen, sofern sie nicht in die Kompetenz des Vorstands fallen.

Risikocontrolling. Das Risikocontrolling ist für die Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik, die interne und externe Risikoberichterstattung sowie für die neutrale Überwachung der Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationale Risiken verantwortlich und ist seit April 2004 organisatorisch in die Bereiche Kreditrisikocontrolling und Marktpreisrisikocontrolling untergliedert. Die Überwachung der Kreditrisiken ist dem für das Risikomanagement zuständigen Vorstand zugeordnet, während für die Überwachung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken der für den Bereich Finanzen, Controlling und Steuern zuständige Vorstand verantwortlich ist. Als von den Markteinheiten und dem Bereich Risikomanagement unabhängige Instanzen stellen das Kreditrisikocontrolling und das Marktpreisrisikocontrolling damit sicher, dass sich alle gemessenen Risiken innerhalb der vom Vorstand verabschiedeten Limite bewegen.

Zu den Kernaufgaben des Marktpreisrisikocontrollings gehören im Rahmen des Risikocontrolling-Prozesses die tägliche Berechnung, Analyse und Berichterstattung von Marktpreisrisiken ebenso wie die Überprüfung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren. Dem Zentralbereich Kreditrisikocontrolling obliegt neben der Überwachung des operationellen Risikos vor allem die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene sowohl für das Kreditgeschäft mit unseren Kunden als auch für die Investition in internationale Kreditportfolien. Zu seinen Aufgaben gehört auch die permanente Weiterentwicklung und Validierung der für die Risikoquantifizierung und Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenführung aller Risikoarten zur Gesamtrisikoposition der Bank im Zusammenhang mit der Überwachung der Risikotragfähigkeit und die Weiterentwicklung der risiko-/ertragsorientierten Gesamtbanksteuerung und Kapitalallokation.

Revision. Die Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems nach Maßgabe der „Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute“ (MaIR) organisiert. Sie berichtet unmittelbar an den Gesamtvorstand. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit sämtliche Betriebs- und Geschäftsabläufe untersucht, wobei mit Blick auf die Risikobedeutung die Schwerpunkte auf den qualitativen Prozessen, den quantitativen Methoden sowie den EDV-technischen Abläufen des Kredit- und Handelsgeschäftes liegen. Flankiert werden diese Prüfungen durch Funktionstests. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der einzelfallorientierten Kreditprüfung.

Basel II und MaK

Ziel der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) ist die Sicherung der Stabilität des Bankensystems und Förderung einer stärker qualitativ ausgerichteten Bankenaufsicht. Basel II stützt sich dabei auf drei Säulen:

1. Risikoadjustierte Eigenkapitalunterlegung für Kredit- und operationale Risiken
2. Weiterentwicklung der von den Banken eingesetzten Risikomanagementverfahren für die Überwachung und Steuerung der Risiken
3. Schaffung der Markttransparenz durch erweiterte Offenlegungspflichten

Kernelement von Basel II ist eine stärkere Risikodifferenzierung der aufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittelunterlegung für Kredite in Abhängigkeit von der Bonität des Kreditnehmers. Damit stellt Basel II den Übergang zu einer risikoadjustierten Portfoliosichtweise dar, die in der IKB bereits Basis der internen Risikomessung und -steuerung ist.

Insgesamt sehen wir uns durch die im Rahmen von Basel II vorgestellten Regelungen bestätigt, die risikodifferenzierte Betrachtung unseres Geschäftes und die Portfoliosteuerung weiterzuentwickeln. Das im Jahre 2001 gestartete bankweite Basel II-Projekt, das in Zusammenarbeit mit allen Geschäftsfeldern und Bereichen die konzernweite Umsetzung der gestellten Anforderungen koordiniert, wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fortgesetzt, um die zeitgerechte Umsetzung sicherzustellen. Die Basis hierfür stellen u.a. unsere internen Ratinginstrumente sowie unsere Verfahren zur Parametrisierung unseres internen Kreditrisikomodells dar.

Neben der Weiterführung des Basel II-Projektes wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) fortgesetzt. Hierbei zeigte sich, dass zahlreiche Standards der MaK (zum Beispiel Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge, umfangreiches Risikocontrolling, getrennte Voten bei Kreditentscheidungen, Risikoklassifizierungsverfahren etc.) bereits in unseren existierenden Strukturen, Verfahren und Prozessen adäquat berücksichtigt und damit im Sinne der MaK erfüllt sind. Die Erfüllung der darüber hinausgehenden Anforderungen und damit die vollständige Erfüllung der qualitativen Mindestanforderungen bis zum 30. Juni 2004 haben wir ohne wesentliche Probleme sicherstellen können. Die DV-technischen Anpassungen werden aus unserer Sicht zwar noch Anstrengungen erfordern, gleichwohl erwarten wir aber aufgrund der guten Ausgangsbasis und der bereits eingeleiteten Maßnahmen eine termingerechte Umsetzung.

Risikomanagement-Prozess

Risikotragfähigkeit

Im Fokus unserer Risikosteuerung steht die Risikotragfähigkeit und der Einsatz unserer Kapitalressourcen unter dem Blickwinkel einer adäquaten Risiko-Rendite-Relation. Im Rahmen unserer Steuerung ermitteln wir nicht nur regelmäßig das regulatorische Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital, sondern messen für die einzelnen Risikoarten auch das ökonomische Kapital.

Regulatorisches Kapital. Die regulatorische Kapitalbindung der einzelnen Geschäftsfelder wird auf Basis des von diesen nach den derzeit gültigen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gebundenen Kernkapitals ermittelt. Im Rahmen der Steuerung unseres regulatorischen Kapitals auf Gesamtbankebene orientieren wir uns an zwei Kenngrößen:

- Kernkapitalquote (Verhältnis aus Kernkapital zu den Risikoaktiva),
- Gesamtkennziffer (Verhältnis aus Eigenmittel zu den Risikoaktiva).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und –quoten:

regulatorisches Risikokapital	31.3.2004 ¹⁾	31.3.2003 ¹⁾	Veränderung	
	in Mill. EUR	in Mill. EUR	in Mill. EUR	in %
Risikoaktiva	26.315	24.104	+ 2.211	+ 9,2
Marktrisikoäquivalent	313	425	-112	-26,4
Risikoposition	26.628	24.529	+2.099	+ 8,6
Kernkapital (TIER I)	1.976	1.803	+ 173	+ 9,6
Ergänzungskapital (TIER II) ²⁾	1.449	1.190	+ 259	+ 21,8
Beteiligungen im Abzugsverfahren	-14	-21	- 7	- 33,3
Eigenmittel¹⁾	3.411	2.972	+ 439	+ 14,8
Kernkapitalquote in %	7,4	7,4		
Gesamtkennziffer in %	12,8	12,1	+ 0,7	

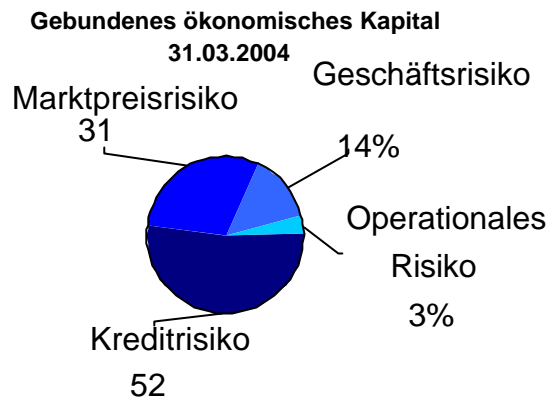
1) nach Feststellung des Jahresabschlusses

2) Genussrechtsverbindlichkeiten nur mit einer Mindestrestlaufzeit von 2 Jahren; langfristige nachrangige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit < 2 Jahren mit 40 %

Ökonomisches Kapital. Das von uns regelmäßig ermittelte ökonomische Kapital dient zur Abdeckung extremer unerwarteter Risiken. Dem mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen „erwarteten Risiko“ tragen wir bereits durch jährlich geplante Risikovorsorge Rechnung.

Wir berechnen das ökonomische Risikokapital für das Kreditrisiko, das Marktpreisrisiko, das operationale Risiko sowie für das allgemeine Geschäftsrisiko, wobei wir uns für das Kredit-, Marktpreis- und Geschäftsrisiko interner Modelle bedienen und das operationale Risiko über Expertenschätzungen quantifizieren. Die Liquiditätsrisiken und strategischen Risiken unterliegen ebenfalls einer laufenden Überwachung bzw. Überprüfung, jedoch keiner Steuerung über Risikokapital. Hier erfolgt das Management über andere Steuerungsinstrumente (s.u.).

Das durch die einzelnen Risikoarten jeweils gebundene Risikokapital wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses in engem Zusammenspiel zwischen dem Risikocontrolling und den Geschäftseinheiten ermittelt und nach Entscheidung durch den Vorstand in die Steuerungs- und Reportinginstrumente der Bank verankert.



Risikotragfähigkeitsanalyse. Im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsanalyse stellen wir dem erforderlichen ökonomischen Risikokapital die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse gegenüber. Die Risikodeckungsmasse setzt sich im wesentlichen aus Kapitalkomponenten, stillen Reserven sowie dem nachhaltig erzielbaren Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit zusammen. Sie bildet damit die Basis für die Limitierung einzelner Risikoarten.

Adressenausfallrisiko

Beim Adressenausfallrisiko unterscheiden wir das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko beinhaltet den Wiedereindeckungsverlust. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kernprozess der Bank und steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Bei der Steuerung der Adressenrisiken stützen wir uns maßgeblich auf folgende Elemente:

- Risikopolitische Vorgaben im Rahmen der Neugeschäftsakquisition,
- einzelgeschäftlich orientierte Kreditgenehmigungen und -überwachungen,
- Portfolioüberwachung auf Basis von umfangreichen Portfolioanalysen sowie
- Prüfungen durch die Interne Revision.

Risikopolitische Vorgaben. Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der gemeinsame Planungsprozess von Vorstand und Geschäftsfeldern mit Unterstützung der Bereiche Unternehmensentwicklung, Risikomanagement und Finanzen, Controlling und Steuern. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die hieraus abgeleiteten Zielgrößen umfassen nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch Risiko- und Eigenkapitalkosten. Mit der Planung der Risikokosten wird zugleich auch die Bonitäts- und Besicherungsstruktur vereinbart, um nachhaltigen Einfluss auf das Neugeschäft, die Bestandsbetreuung und die Portfoliostruktur zu nehmen. Ein weiteres wesentliches Element ist die Limitierung von Geschäfts- und Produktarten, Einzeladressen und Auslandsanteilen.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementsüberwachung. Von herausragender Bedeutung ist im Kreditprozess die Kreditanalyse durch den von den Geschäftsfeldern

unabhängigen Bereich Risikomanagement und damit die Trennung von Akquisition und Entscheidung (Markt und Marktfolge).

Die Kreditentscheidungen werden im Rahmen einer rating- und volumensdifferenzierten Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements (auf Basis der Kreditnehmereinheit nach § 19(2) KWG), der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung entweder zentral durch Senior Risk Manager innerhalb des Bereiches Risikomanagement oder durch den Vorstand getroffen. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt. Eine zunehmende Bedeutung haben im Rahmen des Kreditentscheidungsprozesses auch Portfoliogesichtspunkte gewonnen, um die Geschäftsfelder bei der Optimierung des Kreditportfolios zu unterstützen. Auch die danach folgende Kreditumsetzung und Vertragsabwicklung findet durch die von der Akquisition unabhängigen agierenden juristischen Mitarbeiter statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Bestehende Kreditengagements werden alle 12 Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog den Neukreditentscheidungen behandelt und erneut entschieden. Eine Entscheidungsvorlage enthält neben den Gründen für die Vorlage der Entscheidung immer Informationen über die bestehenden und gegebenenfalls neu zur Verfügung zu stellenden Kredite, eine Darstellung der bisherigen Entwicklung des internen Ratings des Kreditnehmers und der Kreditnehmergruppe, wichtige Finanzdaten sowie eine fundierte Kreditrisikoeinschätzung.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung unserer Kunden. Als Spezialbank mit dem geschäftlichen Fokus auf langfristige Kunden- und Kreditbeziehungen mit mittelständischen Unternehmen stellen wir bei der Auswahl unserer Geschäftspartner überdurchschnittliche Anforderungen an die Bonität und die Werthaltigkeit der Sicherstellung unserer Engagements. Dabei messen wir einer nachhaltigen positiven Ertragslage unserer Kunden einen besonderen Stellenwert bei. Entsprechende Kreditleitlinien operationalisieren diesen Qualitätsanspruch.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB schon seit langem über DV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment beziehungsweise die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Rating- und Scoringverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 10-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5er Schritten bis 6,0 (Insolvenz) zugewiesen. Kalibriert wird diese Ratingskala mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage statistischer Analysen der historischen Ausfälle.

Im Rahmen der Unternehmensfinanzierung und –soweit sinnvoll- auch in den anderen Geschäftsfeldern setzen wir unser kontinuierlich weiterentwickeltes Mittelstandsrating ein. Mit diesem Modell verfolgen wir einen Ansatz, bei dem einerseits finanzwirtschaftliche Kennziffern der aktuellen und künftig zu erwartenden wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers mittels eines mathematisch-statistischen Verfahrens mit der Beurteilung der individuellen Kunden- und Branchenmerkmale auf Basis eines Expertensystems andererseits kombiniert werden. Dieses Vorgehen sichert eine sehr hohe Güte und Trennschärfe des Verfahrens.

Den Besonderheiten der Projekt- und Spezialfinanzierungen wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Im Mittelpunkt stehen hier die Höhe und Nachhaltigkeit des Cash-Flow zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und

Tilgungszahlungen. Zu diesem Zweck werden von uns Modelle eingesetzt, die uns im Rahmen unterschiedlichster Szenarien und Simulationen eine Aussage über den Risikogehalt ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Einwertungen zu Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika.

Unser im Rahmen der Immobilienfinanzierung eingesetztes Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objektes, sondern auch dezidierte Informationen zur Mieterstruktur und –bonität, zur individuellen Bonitätsbeurteilung des Investors im Hinblick auf Vermögen und Liquidität sowie zur Kapitaldienstfähigkeit des Objektes aus dem erwirtschafteten Cash Flow.

Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen uns neben einer Vielzahl von regelmäßigen Veröffentlichungen auch internationale Datenbanken und Länderberichte. Ausgedrückt wird das Länderrisiko durch sechs Risikoklassen (Länderrisikoklasse 1: kein erkennbares Länderrisiko; Länderrisikoklasse 6: hohes Länderrisiko).

Diese Systeme stellen den wesentlichen Kern unserer internen, risikobasierten Kreditrisikosteuerung dar und bilden auch die Basis für unsere Vorbereitung auf den voraussichtlich ab 2007 in Kraft tretenden Baseler Akkord zur risikobasierten Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken.

Betreuung erhöht risikobehafteter Engagements. Alle Kreditengagements werden mit Hilfe der oben beschriebenen Instrumente ständig überwacht. Darüber hinaus verfügen wir über Verfahren, mit denen wir frühzeitig Einzelkreditengagements identifizieren, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Einen besonderen Fokus legen wir auf sogenannte Non Performing Loans, worunter wir grundsätzlich Engagements verstehen, deren Zins- und/oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der als Non Performing Loans eingestuften Kredite. Aufgrund der Struktur unseres Geschäftes sind diese in einem hohen Maße besichert.

Non Performing Loans	31.3.2004 in Mill. EUR	31.3.2003 in Mill. EUR	Veränderung in Mill. EUR	in %
Inländische Kunden	2.260	2.327	- 67	- 2,9 %
Alte Bundesländer	1.285	1.256	+ 29	+ 2,3 %
Neue Bundesländer	975	1.071	- 96	- 8,0 %
Ausländische Kunden	103	100	+ 3	+ 3,0 %
Gesamt	2.363	2.427	- 63	- 2,6 %
in % der Gross Loans ¹⁾	7,3 %	7,5 %		

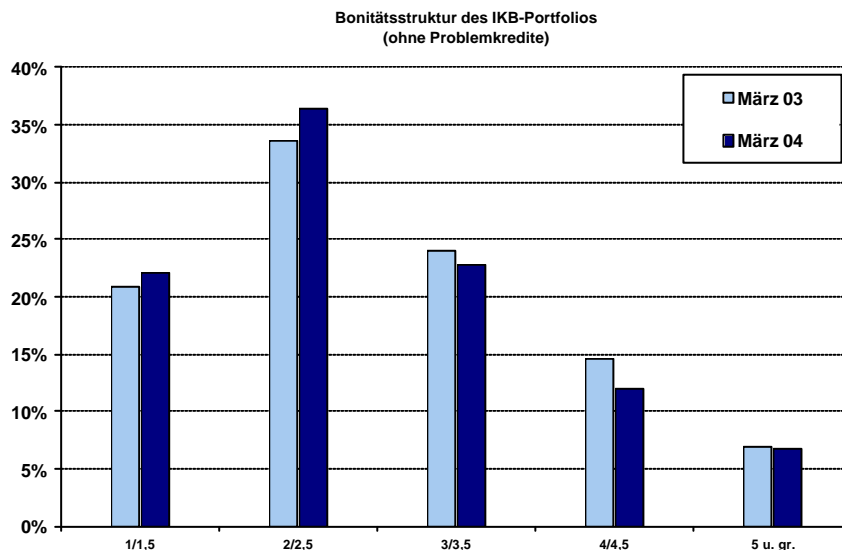
1) Gross Loans setzen sich unter anderem aus Forderungen an Kunden, Kredite an Kreditinstitute -jeweils vor Risikovorsorge-, verbriefte Kreditforderungen, Eventualverbindlichkeiten und Leasinggegenstände zusammen.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements erfolgt in speziellen Betreuungseinheiten, die für das Inlandsgeschäft im Bereich Risikomanagement angesiedelt

sind. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um ein „going-concern“ der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden deutlich zu reduzieren. Im Rahmen der Risikofrüherkennung sorgen die Geschäftsfelder für die regelmäßige Einholung von aktuellen Informationen über unsere Kunden. Dies erlaubt der Bank eine aktuelle Beurteilung der Kreditnehmerbonitäten und damit der Risikostruktur des Kreditportfolios. Zur Unterstützung unseres Risikofrüherkennungsprozesses haben wir unser DV-gestütztes Risikofrüherkennungssystem weiter entwickelt, um künftig anhand von expertenseitig identifizierten Risikoindikatoren durch Mustererkennung noch früher geeignete Maßnahmen einleiten zu können.

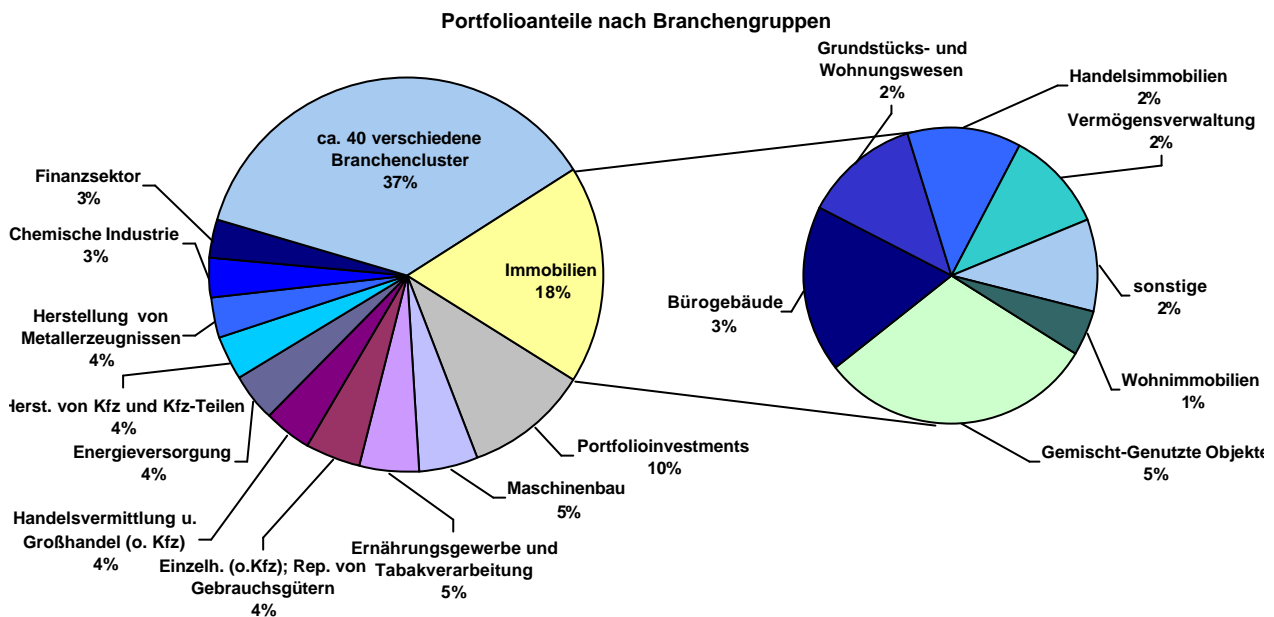
Die zeitnahe Beobachtung der Branchen und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft und schlägt sich nicht nur in einem regelmäßig aktualisierten Branchenrating nieder, sondern findet auch seinen Niederschlag in der Portfoliosteuerung.

Portfoliüberwachung und –steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Demzufolge haben wir im letzten Jahr im Rahmen eines Projektes ein Steuerungsinstrument entwickelt, das alle Kreditrisiken unter Berücksichtigung der jeweiligen Unternehmensgruppen-Zugehörigkeit zusammenführt und portfolioorientiert nach Ländern, Geschäftsfeldern, Ratingklassen und Branchen sowie Sicherheiten und Produkten regelmäßig überwacht. Dieser bankinterne „Portfolio Advisor“ stellt sicher, dass alle vorhandenen Risikofaktoren aggregiert und als Entscheidungsgrundlage für die Portfoliosteuerung bis hin zum Einzelkredit verwandt werden.



Im Rahmen der Risikofrüherkennung sorgen die Geschäftsfelder für die regelmäßige Einholung von aktuellen Informationen über unsere Kunden. Dies erlaubt der Bank eine aktuelle Beurteilung der Kreditnehmerbonitäten und damit der Risikostruktur des Kreditportfolios. Zur Unterstützung unseres Risikofrüherkennungsprozesses haben wir unser DV-gestütztes Risikofrüherkennungssystem weiter entwickelt, um künftig anhand von expertenseitig identifizierten Risikoindikatoren durch Mustererkennung noch früher geeignete Maßnahmen einleiten zu können.

Die zeitnahe Beobachtung der Branchen und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft und schlägt sich nicht nur in einem regelmäßig aktualisierten Branchenrating nieder, sondern findet auch seinen Niederschlag in der Portfoliosteuerung.



Ausgangspunkt für die Festlegung von Portfoliogrößen, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist eine regelmäßige Überprüfung der Portfolien seitens des Bereiches Risikomanagement. Hierbei werden die durch das Risikocontrolling aufgezeigten Risikostrukturen des Kreditportfolios und deren Veränderung im Zeitablauf sowie die durch den Bereich Volkswirtschaft identifizierten Branchenrisiken und Konjunktoreinflüsse auf die einzelnen Wirtschaftszweige durch den Bereich Risikomanagement auf Portfolioebene bei Bedarf in Steuerungsimpulse umgesetzt. Abweichungen von der angestrebten Portfoliostruktur oder unerwünschte Konzentrationen werden so frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet und umgesetzt. Die Portfolio-Limitsetzungen werden durch den Vorstand auf Vorschlag des Risikomanagements getroffen.

Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Neben der Risikoausplatzierung durch Direktunterbeteiligungen anderer Banken an Einzelkrediten gehört die IKB zu den führenden Emittenten von Verbriefungen von „Forderungen gegenüber mittelständischen Unternehmen“. Hierzu wurde die von der KfW zur Verfügung gestellte PROMISE-Plattform genutzt. Die IKB nutzt die Einzelausplatzierungen und Verbriefungen sowohl zur aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalentlastung als auch zur gezielten Portfoliosteuerung.

Insgesamt haben wir ein Volumen von 6,4 Mrd. EUR und damit mehr als 1/4 der Forderungen an Kunden ausplatziert. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die verbrieften

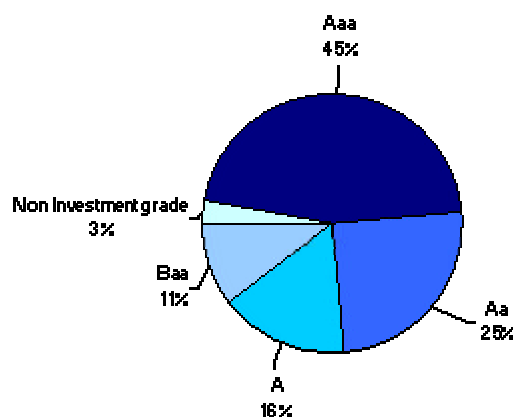
Forderungsvolumina und Unterbeteiligungen an Einzelkrediten durch andere Banken per 31. März 2004, von denen der weitaus überwiegende Teil unverändert in unserer Bilanz gezeigt wird. Die Ausplatzierung erfolgt in diesen Fällen über Avale (u.a. Credit Default Swaps).

	Nominalvolumen in Mill. EUR
Verbriefungen von „Forderungen gegenüber mittelständischen deutschen Unternehmen“	4.873
PROMISE-I 2000-1	1.603
PROMISE-I 2002-1	3.270
Verbriefungen von “Forderungen gegenüber internationalen Unternehmen“	208
Haftungsmäßige Unterbeteiligungen und Haftungsfreistellungen	1.361
	6.442

Um den Diversifikationsgrad unserer Kreditaktiva und gleichzeitig die Ertragsstruktur weiter zu verbessern, investiert die IKB in verbriefte internationale Kreditportfolien. Aufbauend auf unserer langjährigen und umfassenden Erfahrung in Bezug auf die Analyse und die Überwachung von Kreditrisiken haben wir uns auch durch die personelle Verstärkung mit anerkannten Spezialisten mittlerweile eine große Expertise in diesem Bereich aufgebaut.

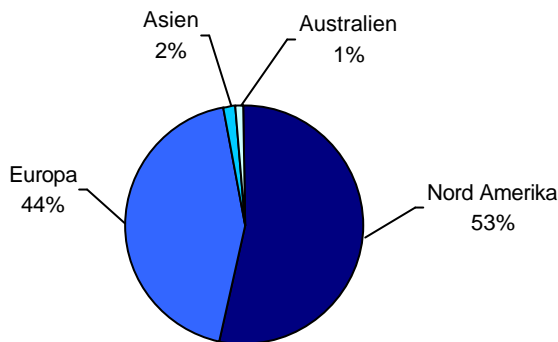
Am 31. März 2004 betrug der Bestand an bilanzwirksamen Investments in verbriefte internationale Kreditportfolien rd. 3 Mrd. EUR. Bei diesen Investments handelt es sich um Anlagen in breit diversifizierte Portfolien verschiedenster Assetklassen. Mehr als 45 % aller Investments haben ein AAA-Rating, 97 % sind Investmentgrade geratet.

Ratingstruktur der Portfolioinvestments

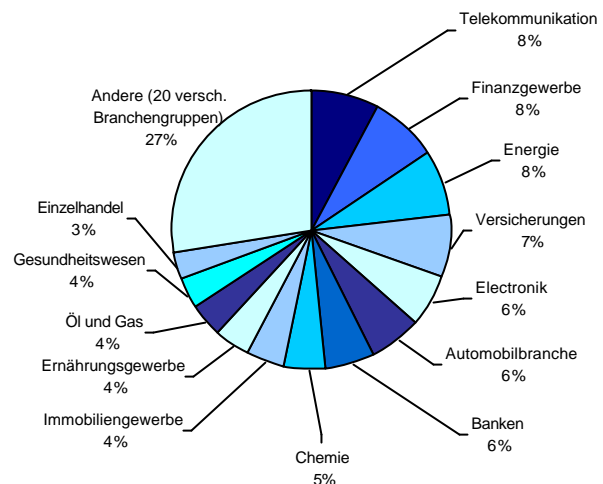


Zu einem großen Teil wurde in ABS-Emissionen investiert, die auf Grund der kleinteiligen Forderungsstrukturen einen besonders hohen Diversifikationsgrad aufweisen. Die Investitionen in Unternehmenskreditportfolien, die zum Bilanzstichtag 40 % ausmachten, verteilen sich in regionaler Hinsicht annähernd hälftig auf Nordamerika und Westeuropa. Unser weiteres Augenmerk gilt darüber hinaus einem breit diversifizierten Branchenmix, um Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Regionale Struktur der Unternehmensportfolien



Branchenstruktur der Unternehmensportfolien



Neben den Eigeninvestitionen beraten wir internationale Anlagegesellschaften (Conduits) bei der Investition in verbrieftete Kreditportfolien. Im Rahmen dieses Investment-Beratervertrages begleiten wir ein Anlagevolumen von 5,7 Mrd. EUR. Den einzelnen Gesellschaften stellen wir, neben anderen Banken, auch Liquiditätslinien zur Verfügung.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Im Kreditgeschäft haben in den letzten Jahren Kreditrisikomodelle bei der internen Risikosteuerung an Bedeutung gewonnen. Die dabei im Zentrum der Betrachtung stehende Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in den „Erwarteten Verlust“ und in den „Unerwarteten Verlust“ unterteilt. Während der „Erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert (auch als Standardrisikokosten bezeichnet) durch die in der Kreditkalkulation berücksichtigten Risikoprämien abzudecken ist, spiegelt sich in der Größe „Unerwarteter Verlust“ (auch Credit-Value at Risk) das potentielle Risiko wider, welches unter Zugrundelegung eines definierten Sicherheitsniveaus den „Erwarteten Verlust“ innerhalb der nächsten 12 Monate übersteigt. Die Abdeckung dieses Risikos wird im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch das zugewiesene ökonomische Risikokapital sichergestellt.

Zur Quantifizierung dieses Risikos haben wir ein Modell entwickelt, das auf einer Monte-Carlo-Simulation beruht und das wir auf die spezifischen Anforderungen des IKB-Portfolios zugeschnitten haben. In das Modell gehen neben den Einzelkreditinformationen (Kreditbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen wie z.B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchenkorrelationen ein.

Qualitätssicherung. Im Rahmen eines regelmäßigen Benchmarkings werden sowohl die Systeme zur Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und

Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft auf den Prüfstand gestellt. Die hierbei gewonnenen Ergebnisse sind nicht nur Basis für die Weiterentwicklung des Kreditprozesses unter Berücksichtigung der bereits vorgenannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus MaK und Basel II, sondern dienen auch zur Optimierung im Sinne unserer internen Ansprüche.

Nicht zuletzt mit Blick auf die neuen Baseler Eigenkapitalrichtlinien werden für alle Ratingverfahren sämtliche bonitätsbestimmenden Parameter historisiert, damit sie für notwendige Simulationsrechnungen und Validierungen zur Verfügung stehen. Die bisher unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Daten durchgeführten Validierungstests zeigen, dass unsere internen Ratingverfahren die Risiken zutreffend klassifizieren.

Ein weiterer wesentlicher Schritt zur Sicherstellung der Qualität unseres Kreditportfolios sind die regelmäßigen Prüfungen durch die Interne Revision. Neben der Überwachung der Einhaltung der Qualitätsstandards und Sicherheit des Kreditgenehmigungsprozesses überprüft die Revision auch die Bonität und den wirtschaftlichen Gehalt des Kreditportfolios anhand regelmäßiger, repräsentativer Stichprobenprüfungen bei einzelnen Engagements.

Marktpreis- und Liquiditätsrisiko

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir Zins-, Währungs- sowie Preisänderungsrisiken für Aktien und andere Vermögensgegenstände. Die Steuerung dieser Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses erfolgt konform zu den „Mindestanforderungen für das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH)“.

Liquiditätsrisiko. Als Liquiditätsrisiko wird von der Bank das Risiko gewertet, die gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah oder vollständig erfüllen zu können. Um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit im Rahmen eines professionellen Liquiditätsmanagements zu gewährleisten, werden regelmäßige Liquiditätsanalysen und Cash-Flow-Prognosen durch das Treasury erstellt. Zur Sicherung ausreichender Liquidität halten wir zudem, über das für den Geschäftsbetrieb notwendige Maß hinaus, börsengängige, zinsvariable Wertpapiere, die jederzeit veräußert oder beliehen werden können. Damit sind kurzfristige Liquiditätsrisiken ausgeschaltet. Diese Liquiditätssteuerung findet unter Einhaltung der externen Rahmenbedingungen statt. Im übrigen ist es unser Anliegen, durch eine weitgehend laufzeitkongruente Refinanzierung der Aktiva laufzeitbedingte Risiken zu vermeiden.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf wird in einem abgestimmten Prozess zwischen dem Treasury und dem Bereich Finanzen, Controlling und Steuern auf Basis unserer erwarteten Geschäftsentwicklung ermittelt und regelmäßig aktualisiert. Die daraus abgeleiteten Refinanzierungserfordernisse gewährleisten eine ausgewogenen Fristigkeits-Struktur unserer Aktiva und Passiva. Auf Grund unserer breiten Refinanzierungsbasis und Platzierungskraft am Kapitalmarkt sind wir in der Lage, auch in schwierigen Marktphasen eine angemessene Refinanzierung des gesamten Aktivgeschäfts hinsichtlich der erforderlichen Fristigkeit und Konditionen sicherzustellen.

Limitsystem. Das Kernstück der Steuerung der Marktpreisrisiken ist ein differenziertes Limitsystem, das primär auf eine marktwertorientierte Begrenzung der Zins-, Options-, Aktien- und Wechselkursrisiken ausgerichtet ist. Basierend auf der Risikotragfähigkeit der Bank werden die Limite zwischen Vorstand und Treasury vereinbart. Auf Basis dieses Limitsystems und unter Beachtung der in unseren Rahmenbedingungen nach den Mindestanforderungen festgelegten Regeln - hierzu zählt auch die Einschränkung auf

zugelassene Produkte - setzt das Treasury seine Markterwartungen in Anlage- und Refinanzierungsstrategien um.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Eigenmittelanlage und Refinanzierung des Aktivgeschäftes. Diese Portfolien werden hinsichtlich der Marktpreisrisiken täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt. Das Limitsystem besteht aus einer Kombination von Performance- und Sensitivitätslimiten und orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe strikt an der Risikotragfähigkeit der Bank. Unser Backtesting zeigt, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen sowohl im Eigenhandel als auch in der Eigenmittelanlage durch unsere Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet werden.

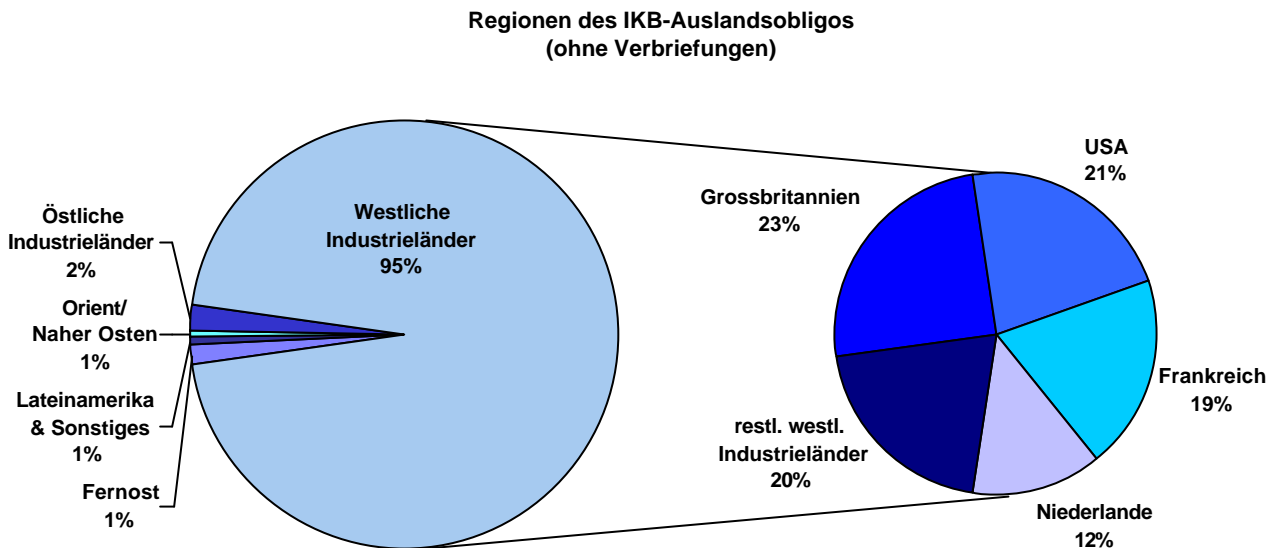
Aktiv-Passiv-Management. Zur Quantifizierung und Begrenzung der GuV-Risiken aus Fristeninkongruenzen setzt die IKB ein Aktiv-Passiv-Managementsystem ein. Mit Hilfe dieses Systems werden täglich Zinsbindungsbilanzen für die Aktiv-Geschäfte inkl. der Kreditzusagen und deren Refinanzierung sowie die Eigenmittelanlage inkl. der Eigenmittel erstellt. Zinslose Positionen werden entsprechend historischer Erfahrungen einbezogen. Auf Basis dieser Zinsbindungsbilanzen ermittelt das Risikocontrolling das risikolos erzielbare Zinsergebnis des laufenden und der zukünftigen Geschäftsjahre. Zusätzlich wird ein „Interest-at-Risk“ sowohl für ein Base-Case-Szenario als auch für ein Stress-Szenario ermittelt. Die so ermittelten Größen, das erzielbare Zinsergebnis der verschiedenen Geschäftsjahre und das Interest-at-Risk, werden gegen Zinsergebnisanforderungen gestellt, so dass die Mindesttragerfordernisse der Bank gesichert sind und somit als strenge Nebenbedingung in der Risikosteuerung berücksichtigt werden.

Reporting und Berichterstattung. Zur Überwachung der Marktpreisrisiken und zur Unterstützung des Marktpreisrisikomanagements wird der Vorstand und das Treasury täglich umfassend über die Ergebnis- und Risikolage der oben genannten Portfolien informiert. Einmal im Monat berichtet das für den Bereich Finanzen, Controlling und Steuern zuständige Vorstandsmitglied im Gesamtvorstand über die Marktentwicklung, Ergebnisse und Risikosituation dieser Positionen. In diesem Zusammenhang werden auch die vom Bereich Volkswirtschaft vorgestellten Fundamental-Rahmenbedingungen und die Zinseinschätzung vorgestellt und gemeinsam mit den Vertretern der Bereiche Treasury und Finanzen, Controlling und Steuern im Hinblick auf ihre Auswirkungen analysiert.

Länderrisiko

Die Grundlage zur Beurteilung und Steuerung des Länderrisikos bildet das Länderrating. Maßgeblich für die Bewertung einzelner Länder sind dabei sowohl makroökonomische als auch wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren.

Über die Ausnutzung der vom Vorstand nach Analyse der Volkswirtschaftlichen Abteilung und Vorschlag des Risikomanagements festgelegten Limite wird mittels eines zeitnahen Reportingsystems regelmäßig berichtet. Hierzu zählen wir alle Kredite an Geschäftspartner, die im jeweiligen Land ansässig sind. Zum Bilanzstichtag entfielen 13 % der Gross Loans¹⁾ auf das europäische und außereuropäische Ausland. Nach Abzug der durch Kreditversicherungen (z. B. Hermes) und Ausplatzierungen abgedeckten Risiken waren weniger als 0,5 % der Gross Loans¹⁾ den Länderrisikoklassen 2 bis 5 zuzuordnen.



1) Gross Loans setzen sich unter anderem aus Forderungen an Kunden, Kredite an Kreditinstitute -jeweils vor Risikovorsorge-, verbriefte Kreditforderungen, Eventualverbindlichkeiten und Leasinggegenstände zusammen.

Operationale Risiken

Regelungen nach Basel II. Nach der Definition des Baseler Ausschusses für die Bankenaufsicht wird unter dem „operational risk“ die Gefahr verstanden, dass Verluste infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen eintreten oder auch Folge externer Ereignisse oder Katastrophen sind.

Zur Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung für operationale Risiken wird die neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung mehrere Verfahren vorsehen. Die IKB bereitet sich auf die Erfüllung dieser Vorschriften vor.

Management der operationalen Risiken. In den letzten Jahren sind die Anforderungen an das Operational Risk- / Notfallmanagement stetig gestiegen. Ziel ist es letztendlich, durch die kontinuierlichen Verbesserungen im internen Kontrollsystem, unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit, eine Minimierung der operationalen Risiken zu erzielen. Um dies zu erreichen, haben wir unter anderem dezentrale Risk-Manager für das operationale Risiko bestimmt. Ihre Aufgabe ist es, regelmäßig operationale Risiken in ihrem Verantwortungsbereich zu identifizieren und nach folgenden Gesichtspunkten zu überprüfen:

- Früherkennungsmöglichkeiten
- Maßnahmen zur Minimierung der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos
- Maßnahmen zur Minimierung der Risikoauswirkung
- Notfallvorkehrungen und Verhalten im Notfall.

Das Management der operationalen Risiken liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, zentralen Bereiche und Tochtergesellschaften, wobei der Schwerpunkt auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse liegt.

Seit Beginn des Geschäftsjahres 2001/02 sind alle Geschäftseinheiten angewiesen, alle eingetretenen oder beinahe eingetretenen Schadensfälle zu erfassen und an das Kreditrisikocontrolling zu melden. Der Bereich Kreditrisikocontrolling koordiniert den Gesamtprozess durch die Zusammenführung der Schadensfälle in einer zentralen Schadensfalldatenbank.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde unser organisatorisches Regelwerk für ein konzernweites Notfallmanagement auf Basis einer Impact Business Analyse weiter ergänzt und überarbeitet. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne in umfassender Form in unserem Intranet, aber auch in schriftlicher Form in Notfallmanagement-Handbüchern. Die Qualität der Notfallpläne wird durch Notfalltests sichergestellt. Ein Notfallmanager im Bereich Organisation und Informationsverarbeitung übernimmt dabei die Koordination des Notfallmanagement-Prozesses.

Im Rahmen der bisher durchgeführten Risikobestandsaufnahmen haben wir festgestellt, dass der Bank aus den operationalen Risikofeldern keine übermäßigen Risiken drohen. Für alle identifizierten Risiken sind Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Möglichkeiten zur Früherkennung von Fehlentwicklungen sowie Notfallvorkehrungen vorhanden. Soweit erforderlich, sind entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Rechtsrisiko. Unter die operationalen Risiken subsumieren wir auch das Rechtsrisiko, also das Risiko von Verlusten durch neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe der Rechtsabteilung, die sich - wo erforderlich - auch der Unterstützung renommierter Anwaltskanzleien bedient. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

IT-Risiken. Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung unseres Notfallmanagements. Hierzu gehörten u.a. auch die Sicherstellung von Backup-Systemen sowie die Weiterentwicklung der Netzwerksicherheit, durch die wir das operationale Risiko unserer Kommunikations-, DV- und Abwicklungssysteme weiter minimieren konnten. Gleichzeitig bilden wir in diesen Bereichen unsere Mitarbeiter kontinuierlich weiter, um auch von dieser Seite allen Anforderungen gerecht zu sein. Unterstützt werden alle diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen.

Strategische Risiken und Reputationsrisiko

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch von Seiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen, unserer Kunden oder Refinanzierungspartnern. Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und ausgewählter Zentralbereiche und werden kontinuierlich analysiert.

Hierzu gehört auch die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsfeld-Strategien im Rahmen eines systematischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierenden strategischen Initiativen und Investitionen.

Reputationsrisiken betreffen direkte oder indirekte Verluste aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank bei Anteilseignern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit. Alle Maßnahmen, die das Ansehen der Bank betreffen, werden aufmerksam in den beiden Bereichen Unternehmensentwicklung sowie Investor Relation und Öffentlichkeitsarbeit identifiziert und in enger Abstimmung mit dem Vorstand bewertet, um die Auswirkung dieser Risiken zu beschränken.

Risikoreporting und Risikokommunikation

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und zu kontrollieren, werden alle relevanten Informationen aus den Handels- und Kreditgeschäften, aus den Bereichen Risikomanagement, Finanzen, Controlling und Steuern sowie Personal und den übrigen Bereichen mindestens einmal im Monat aufbereitet, analysiert und dem Vorstand bzw. den Geschäftsfeldleitungen vorgelegt und erläutert.

Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr wurden die für die Kreditrisikosteuerung notwendigen Reportinginstrumente, in denen die wesentlichen Steuerungsparameter und Risikoinformationen abgebildet werden, weiter ausgebaut. In diesem Zusammenhang wurde auch der zunehmenden Bedeutung der Kreditportfolio-Berichterstattung Rechnung getragen. Die Ergebnis- und Risikozahlen des Kreditgeschäftes werden regelmäßig und zeitnah mit den Planungs- und Zielgrößen abgeglichen und an den Vorstand sowie die Geschäftsfeldleitungen berichtet, um bei Abweichungen frühzeitig gegensteuern zu können.

Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Im Rahmen des MaH-Reportings werden vom Risikocontrolling in einem Risikoreport für den Vorstand, das Treasury und andere beteiligte Bereiche täglich die Bewertung der Positionen sowie das aufgelaufene und risikolose erzielbare Zinsergebnis aus der Refinanzierung des Aktivgeschäftes und der Eigenmittelanlage dargestellt. Dieser Report enthält auch einen Ausweis des barwertigen Risikos unter Normal- und Stress-Szenarien. Analog werden die Änderungsrisiken des Zinsergebnisses in beiden Szenario-Varianten berichtet. Dieser Bericht enthält die Auslastung der Marktpreislimite sowie Kommentierungen über besondere Entwicklungen.

Konzernbilanz zum 31. März 2004**Aktivseite**

	31.03.2004	31.03.2003	Veränderungen in	Veränderungen in
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	1 238	2 140	- 902	- 42
täglich fällig	1 070	1 341	- 271	- 20
andere Forderungen	168	799	- 631	- 79
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	<i>119</i>	<i>191</i>	<i>- 72</i>	<i>- 38</i>
Forderungen an Kunden	24 116	24 803	- 687	- 3
mit vereinbarter Laufzeit				
oder Kündigungsfrist				
bis zu 4 Jahren	3 117	3 180	- 63	- 2
4 Jahren oder länger	20 999	21 623	- 624	- 3
Schuldverschreibungen und andere				
festverzinsliche Wertpapiere	8 211	5 927	2 284	39
<i>davon: verbrieftes Kreditgeschäft</i>	<i>2 897</i>	<i>1.174</i>	<i>1 723</i>	<i>> 100</i>
Aktien und andere nicht festverzinsliche				
Wertpapiere	87	38	49	> 100
Beteiligungen, Anteile an verbundenen				
Unternehmen	78	45	33	73
Sachanlagen	262	245	17	7
Leasinggegenstände	2 231	2 466	- 235	- 10
Rechnungsabgrenzungsposten	108	136	- 28	- 21
Ausstehende Einlagen anderer Gesellschafter	27	49	- 22	- 45
Übrige Aktiva	598	561	37	7
Summe der Aktiva	36 956	36 410	546	1

Passivseite

	31.03.2004	31.03.2003	Veränderungen in	Veränderungen in
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	15 112	16 223	-1 111	-7
täglich fällig	989	1 384	- 395	- 29
befristet	14 123	14 839	- 716	- 5
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	8 314	10 239	-1 925	- 19
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kunden	2 228	2 019	209	10
täglich fällig	52	116	- 64	- 55
befristet	2 176	1 903	273	14
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	1 903	1 830	73	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 734	13 700	1 034	8
Rückstellungen	310	337	- 27	-8
Sonderposten mit Rücklageanteil	4	6	- 2	-33
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 042	632	410	65
Genussrechtskapital	563	614	- 51	-8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80	80	--	--
Kapital	2 032	1 797	235	13
- Eigenkapital	1 214	1 166	48	4
Gezeichnetes Kapital	225	225	--	--
Rücklagen	919	873	46	5
Konzernbilanzgewinn	70	68	2	3
- Hybride Kapitalinstrumente	820	620	200	32
- Anteile in Fremdbesitz	- 2	11	- 13	
Rechnungsabgrenzungsposten	316	456	- 140	-31
Übrige Passiva	535	546	- 11	-2
Summe der Passiva	36 956	36 410	546	1
Indossamentsverbindlichkeiten	2	1	1	100
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u.ä.	1 874	2 158	- 284	-13
Geschäftsvolumen	38 832	38 570	262	1

Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank für die Zeit vom 1. April 2003 bis 31. März 2004

Aufwendungen	TEUR	2003/ 2004 TEUR	2002/2003 TEUR
Zinsaufwendungen		2.359.906	2.331.353
Provisionsaufwendungen		9.480	11.849
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften		--	--
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter		116.504	110.698
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		30.302	27.111
darunter: für Altersversorgung	TEUR 14.486 (12.799)		(12.799)
		146.806	137.809
b) andere Verwaltungsaufwendungen		65.424	65.143
		212.230	202.952
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		22.982	19.373
Abschreibungen auf Leasinggegenstände		343.324	396.167
Mietaufwendungen für Leasinggegenstände und sonstige leistungsbezogene Aufwendungen		24.996	12.499
Sonstige betriebliche Aufwendungen		30.694	33.072
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		211.741	183.421

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	180	193
Aufwendungen aus Verlustübernahme	--	6
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	--	361
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	--	--
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	69.329	76.804
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	6.420	4.153
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	--	--
Jahresüberschuss	104.827	85.839
Summe der Aufwendungen	3.396.109	3.358.042
Jahresüberschuss	104.827	85.839
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-5.488	-3.070
Verlust	7.913	10.605
	107.252	93.374
Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Rücklage für eigene Anteile	--	--
Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen	-36.852	-25.614
Konzerngewinn	70.400	67.760

Erträge	2003/2004 TEUR	2002/2003 TEUR
Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.505.708	2.478.596
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	221.620	178.398
	<u>2.727.328</u>	<u>2.656.994</u>
Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.024	645
b) Beteiligungen	687	1.160
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u> </u>	<u> </u>
	1.711	1.805
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	--	--
Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	313	--
Provisionserträge	94.136	75.960
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	3.249	842
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	--	--
Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	--	--
Erträge aus Leasinggeschäften	524.229	566.239
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	306	1.997
Sonstige betriebliche Erträge	44.837	54.205
Summe der Erträge	3.396.109	3.358.042

Anhang und Konzernanhang

Erläuterungen zum Konzern- und AG-Jahresabschluss

Der Konzernabschluss und der Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Der Abschluss des IKB Deutsche Industriebank-Konzerns steht darüber hinaus im Einklang mit der Konzernbilanzrichtlinie (83/349/EWG) und der Bankbilanzrichtlinie (86/635/EWG) sowie den Publizitätsanforderungen der Europäischen Union.

Der vorliegende Konzern-Abschluss entspricht den Vorgaben der vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards, die angewendet wurden, soweit durch sie keine gesetzlichen Vorschriften eingeschränkt werden.

Die erstmalig für das Geschäftsjahr 2003/2004 wirksamen Standards DRS 10 „Latente Steuern im Konzern“ und DRS 11 „Berichterstattung über Beziehungen zu nahe stehenden Personen“ wurden entsprechend berücksichtigt. Im Hinblick auf die weitgehende Identität zwischen den Handels- und Steuerbilanzen ergeben sich aus DRS 10 keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Der Anhang zum Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG und der Konzernanhang wurden gemäß § 298 Abs. 3 HGB zu einem Anhang zusammengefasst.

Konsolidierungskreis

Wir haben in unseren Konzernabschluss zum 31. März 2004 – neben dem Mutterunternehmen - vierzehn inländische und fünf ausländische Unternehmen einbezogen. Die konsolidierten Gesellschaften sind gemäß § 285 Nr. 11 HGB und § 313 Abs. 2 HGB namentlich in der Anteilsbesitzliste unter A. aufgeführt. Die Auflistung der über die IKB Immobilien Leasing GmbH gehaltenen 351 Immobilienobjektgesellschaften sowie der über andere Tochtergesellschaften gehaltene Anteilsbesitz an 28 Unternehmen werden wir in einer separaten Aufstellung gemäß § 325 HGB i.V. mit § 287 HGB zum Handelsregister einreichen. Personengesellschaften, die die Befreiungsvorschrift nach § 264 b HGB in Anspruch nehmen, sind in diesen Aufstellungen gesondert aufgeführt.

Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurde um die im Geschäftsjahr 2003/2004 neu gegründete IKB CorporateLab S.A., Luxemburg, erweitert. Die Gesellschaft ist ein Gemeinschaftsunternehmen mit der UniCredit Banca Mobiliare, einer Tochtergesellschaft des UniCredito Italiano. Der Geschäftszweck des Gemeinschaftsunternehmens ist es, unseren Kunden Beratungs- und Finanzdienstleistungen vor allem mittels Einsatz von Derivaten zur Optimierung der Bilanzstrukturen anzubieten. Unseren 50%igen Kapitalanteil von 5 Mill. EUR hält die Tochtergesellschaft IKB International S.A., Luxemburg. Die Gesellschaft hat zum 1. Oktober 2003 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Die Rechnungslegung basiert auf den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die IKB Deutsche Industriebank AG hat sich für eine Vielzahl von Einzeltransaktionen jeweils im Rahmen von selbständigen Garantien gegenüber der IKB CorporateLab S.A. unwiderruflich verpflichtet, unter bestimmten Bedingungen für ausstehende Ausgleichsforderungen gegen deren Swap-Vertragspartner einzustehen.

Diese erstmalig in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaft wird hinsichtlich des Ausweises und der Bewertung in der Konzernbilanz als assoziiertes Unternehmen gemäß § 311 Abs. 1 HGB i.V. mit DRS Nr. 8 bzw. Nr. 9 at equity bilanziert. Soweit notwendig wird der Jahresabschluss im Rahmen einer Überleitungsrechnung an die Bewertungsmethoden des Konzerns angepasst. Bilanzstichtag der Gesellschaft ist der 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres. Das Unternehmen wird in der Anteilsbesitzliste unter Punkt B. aufgeführt.

Die weiteren verbundenen Unternehmen (Anteilsbesitzliste unter Punkt C.) haben wir gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Im Geschäftsjahr 2003/2004 wurden 73 Objekt- und Komplementärgesellschaften der IKB Immobilien Leasing- Gruppe entkonsolidiert. Wir haben dabei von unserem Wahlrecht gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB Gebrauch gemacht und auf die weitere Einbeziehung verzichtet. Bei diesen Gesellschaften bestehen aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen weitreichende Zustimmungsvorbehalte konzernfremder Gesellschafter, die die Ausübung der Rechte der IKB Immobilien Leasing GmbH in bezug auf die Geschäftsführung dieser Gesellschaften erheblich und dauerhaft beschränken. Ferner wurden sechs Immobilienleasing-Objektgesellschaften, bei denen der Konzern lediglich Geschäftsbesorgungsdienstleistungen erbringt und sämtliche Risiken bei konzernfremden Dritten liegen, entkonsolidiert.

Aus diesen Entkonsolidierungen resultieren folgende wesentliche Effekte auf die Konzern-Bilanz sowie die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (GuV): Auf der Aktivseite ist ein Rückgang bei den Leasinggegenständen um 413 Mill. EUR, bei den ausstehenden Einlagen anderer Gesellschafter um 28 Mill. EUR und bei den Sonstigen Vermögensgegenständen um 23 Mill. EUR zu verzeichnen. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 306 Mill. EUR, die Sonstigen Verbindlichkeiten um 22 Mill. EUR und der Rechnungsabgrenzungsposten um 121 Mill. EUR sowie die Anteile im Fremdbesitz per saldo um 18 Mill. EUR zurückgegangen.

In der GuV haben sich die Ergebniseffekte des laufenden Jahres aus der Entkonsolidierung neutralisiert. Für die unterjährig entstandenen und in den einzelnen Posten der GuV enthaltenen Aufwendungen wurde ein Ausgleichsposten von 5 Mill. EUR in die sonstigen betrieblichen Erträge eingestellt. Eine detaillierte Identifizierung und Korrektur der Einzelposten wäre nur mit einem unverhältnismäßig hohen Zeitaufwand möglich gewesen. Angesichts der geringen materiellen Bedeutung wurde deshalb darauf verzichtet.

Darüber hinaus waren ergebnisneutral 36 Mill. EUR mit den Anteilen im Fremdbesitz und 9 Mill. EUR mit den Konzernrücklagen zu verrechnen. Die sich aus der Entkonsolidierung ergebenden Auswirkungen auf das Konzernkapital sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung entsprechend dargestellt (s. Abschnitt „Entwicklung des Eigenkapitals“).

Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss ist einheitlich nach den im folgenden Abschnitt beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der IKB Deutsche Industriebank AG aufgestellt. Die Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen sind - soweit erforderlich - an die Gliederungsvorschriften der Muttergesellschaft angepasst. Die beiden amerikanischen Tochtergesellschaften bilanzieren nach US-GAAP. Wir haben die Abschlüsse dieser Gesellschaften im Rahmen einer Überleitungsrechnung - soweit materiell notwendig - an die deutschen HGB-Vorschriften angepasst.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Wir verrechnen die Anschaffungskosten der vollkonsolidierten Unternehmen mit dem Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der erstmaligen Konsolidierung. Aktive Unterschiede bestehen in Höhe von 41,3 Mill. EUR und passive Unterschiede von insgesamt 6,4 Mill. EUR. Der Saldo hieraus in Höhe von 34,9 Mill. EUR wurde mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen zwischen den einbezogenen Unternehmen werden aufgerechnet.

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Abweichend davon datieren die Abschlüsse der nachstehend genannten Gesellschaften auf den 31. Dezember 2003:

- AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH
- IKB Capital Corporation
- IKB CorporateLab S.A.¹
- IKB Facility Management GmbH
- IKB FINANCIERE FRANCE S.A.
- IKB Grundstücks GmbH und deren Objektgesellschaften
- IKB Immobilien Leasing GmbH und deren Objektgesellschaften
- IKB Private Equity GmbH und deren Tochterunternehmen.

Im Falle der IKB Capital Corporation haben wir unverändert gemäß § 299 Abs. 3 HGB einen Zwischenabschluss auf den 31. März 2004 erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt zum Nennwert, vermindert um Wertberichtigungen. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag werden in den passivischen Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Pauschalwertberichtigungen

Für latente Kreditrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigungen wurden eigene vergangenheitsbezogene Ansätze und Gewichtungen zu Grunde gelegt.

Wertpapiere

Wertpapiere werden unter den Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" sowie "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" ausgewiesen und sind nach dem für das Umlaufvermögen geltenden Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Börsenkursen bewertet worden. Auf die in Vorjahren abgeschriebenene Wertpapierbestände werden aufgrund des Wertaufholungsgebots gemäß § 280 HGB gegebenenfalls Zuschreibungen auf den höheren Börsenwert, maximal bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Einzelne Wertpapierbestände bilden mit zugeordneten Zinssicherungsgeschäften (Zinsswap-Geschäfte) bewertungsrechtlich eine Bewertungseinheit (Mikro-Hedge). In diesen Fällen wird aufgrund der Zins-

Absicherungsgeschäfte gegebenenfalls auf eine Wertpapierabschreibung zulässigerweise verzichtet, soweit diese auf Änderungen der Marktzinssätze beruhen; in Fällen der nachhaltigen Bonitätsverschlechterung der Emittenten werden Teilwertabschreibungen vorgenommen.

¹ Assoziiertes Unternehmen

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens im Bestand handelt es sich überwiegend um Emissionen internationaler Industrieunternehmen (sogenannte Corporate Bonds und Credit Linked Notes), die wir in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben haben.

Beteiligungen/Sachanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Sachanlagevermögen und Leasinggegenstände bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Abschreibungen auf Mobilienleasing-Gegenstände wurden im Geschäftsjahr 2003/2004 linear auf die vertraglichen Restwerte umgestellt. In den Vorjahren wurde im Wesentlichen linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Anwendung der Vereinfachungsregel im Jahr der Anschaffung abgeschrieben. Durch die Änderung der Abschreibungsmethode ergab sich kein nennenswerter Ergebniseinfluss. Mit dieser Umstellung entsprechen die handelsrechtlichen Abschreibungsverläufe den vertraglichen Vereinbarungen der Leasinggeschäfte.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in die aktivische Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der Sterbetafeln von Heubeck und eines Rechnungszinsfußes von 6 % mit dem Teilwert für Anwartschaften und dem Barwert für laufende Renten passiviert.

Rückstellungen für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten bilden wir in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Rückstellungen für Geldleistungsverpflichtungen haben wir – soweit erforderlich – entsprechend den steuerlichen Vorschriften mit 5,5% abgezinst.

Derivate-Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht ausweispflichtig. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Bank- oder Handelsbuch zugeordnet. Soweit derivative Finanzgeschäfte dem Handelsbuch zuzuordnen sind, werden sie auf Basis von aktuellen Marktpreisen entsprechend dem Imparitäts- und Realisationsprinzip bewertet. Zur Deckung und Steuerung von Zins- und Marktpreisrisiken des Bankbuchs getätigte derivative Finanzgeschäfte unterliegen zusammen mit den bilanziellen Finanzgeschäften einer einheitlichen Steuerung und Bewertung des Zinsänderungsrisikos. Marktwertveränderungen dieser Geschäfte werden dementsprechend keiner Einzelbetrachtung unterzogen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte folgt den Grundsätzen des § 340 h HGB. Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht besonders gedeckt sind, haben wir zu historischen Anschaffungskursen umgerechnet.

Alle übrigen auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Stichtag bewertet. Soweit Devisentermingeschäfte zur Deckung von zinstragenden Bilanzpositionen abgeschlossen sind, werden die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge werden zum kontrahierten Terminkurs umgerechnet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden nur Aufwendungen aus der Währungsumrechnung nach § 340 h Abs. 2 HGB berücksichtigt.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mill. EUR	<u>Konzern</u>		<u>AG</u>	
	31.3.2004	31.3.2003	31.3.2004	31.3.2003
Andere Forderungen an Kreditinstitute	168	798	6.054	6.413
mit einer Restlaufzeit von				
- bis drei Monaten	45	311	3.963	4.920
- mehr als drei Monaten bis ein Jahr	28	290	1.816	1.156
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	76	165	145	282
- mehr als fünf Jahre	19	32	130	55
Forderungen an Kunden	24.116	24.803	21.219	21.840
mit einer Restlaufzeit von				
- bis drei Monaten	3.969	3.915	3.231	3.709
- mehr als drei Monaten bis ein Jahr	2.950	2.981	2.560	2.537
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.028	11.447	9.753	9.801
- mehr als fünf Jahre	6.169	6.460	5.675	5.793
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	14.123	14.840	15.871	16.141
mit einer Restlaufzeit von				
- bis drei Monaten	5.110	4.210	5.536	5.108
- mehr als drei Monaten bis ein Jahr	1.893	2.044	3.647	3.064
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.813	4.891	3.733	4.807
- mehr als fünf Jahre	3.307	3.695	2.955	3.162
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.176	1.904	2.124	1.899
mit einer Restlaufzeit von				
- bis drei Monaten	188	116	219	130
- mehr als drei Monaten bis ein Jahr	131	170	96	169
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	866	863	830	862
- mehr als fünf Jahre	991	755	979	738

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind im Konzern 972 Mill. EUR (Vj.: 853 Mill. EUR) und in der AG 967 Mill. EUR (Vj.: 847 Mill. EUR) im Folgejahr fällig. Von den in der Bilanz unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen

Schuldverschreibungen sind im Konzern und der AG 4.620 Mill. EUR (Vj.: 5.198 Mill. EUR) im Folgejahr fällig.

Eigene Aktien

Wir hatten uns in den Hauptversammlungen am 30. August 2002 und am 5. September 2003 den Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels genehmigen lassen.

Im Geschäftsjahr 2003/2004 haben wir insgesamt 8.032.135 Stück eigene Aktien gekauft. Der durchschnittliche Einstandspreis betrug 16,38 EUR pro Stückaktie. Die Veräußerung im gleichen Umfang erfolgte zum durchschnittlichen Verkaufspreis von 16,49 EUR. Die Nettogewinne hieraus in Höhe von 913 TEUR sind im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften verrechnet. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 1,10% des Grundkapitals bei einer Höchstgrenze von 5%. Die mit uns verbundenen Unternehmen tätigten keine Käufe und Verkäufe von IKB-Aktien. Am Bilanzstichtag befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand der Bank.

Um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Bezug von Belegschaftsaktien zu ermöglichen, haben wir im Berichtsjahr 21.913 Stückaktien zum durchschnittlichen Kurs von 15,62 EUR gekauft. 15.975 Stückaktien wurden an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der AG zum Vorzugspreis von 7,77 EUR weiter veräußert. 5.938 Stückaktien wurden zu gleichen Konditionen von Konzern-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern erworben. Die Belastung betrug im Konzern 172 TEUR (AG: 125 TEUR) und ist im Personalaufwand enthalten.

Entwicklung des Anlagevermögens

Anlagevermögen des Konzerns								
in Mill. EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge		Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwerte 31.03.04	Restbuchwerte 31.03.03
Sachanlagen	414,5	40,7	48,6		144,2	22,9	262,4	245,4
Immaterielle Anlagewerte	-	2,4	-		0,1	0,1	2,3	-
Wertpapiere	937,8	1.558,4	186,7		-	-	2.309,5	937,8
Beteiligungen	40,1	1,9	-		1,9	0,0	40,1	38,2
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-	5,3	-		-	-	5,3	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	7,0	25,6	0,1		-	-	32,5	7,0
Leasinggegenstände	3.296,5	657,4	871,7		851,5	343,3	2.230,7	2.466,1

Anlagevermögen in der AG								
in Mill. EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge		Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwerte 31.3.04	Restbuchwert 31.3.03
Sachanlagen	156,1	21,7	46,2		66,3	14,1	65,3	58,4
Wertpapiere	937,8	1.523,9	185,0		-	-	2.276,7	937,8
Beteiligungen	2,2	0,0	-		1,3	0,0	0,9	0,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	449,6	118,9	0,2		59,1	-	509,2	390,5

Das Anlagevermögen enthält Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien im Konzern mit einem Volumen in Höhe von 2.309,5 Mill. EUR (Vj.: 929,6 Mill. EUR) und in der AG mit 2.276,7 Mill. EUR (Vj.: 929,6 Mill. EUR), die nicht nach dem

Niederstwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich überwiegend um Emissionen internationaler Industrieunternehmen (sogenannte Corporate Bonds und Credit Linked Notes), die wir im Rahmen unseres Kredit- und Beteiligungsgeschäfts in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben haben.

Am 31. März 2004 beträgt der Buchwert der bankbetrieblich genutzten Grundstücke und Gebäude im Konzern 207,1 Mill. EUR und in der AG 24,2 Mill. EUR. Der Hauptposten im Konzern entfällt auf das Verwaltungsgebäude in Düsseldorf.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Posten Sachanlagen des Konzerns mit 36,7 Mill. EUR und in dem der AG mit 28,9 Mill. EUR enthalten.

Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

in Mill. EUR	Konzern			AG		
	insgesamt	börsen-notiert	nicht börsen-notiert	insgesamt	börsen-notiert	nicht börsen-notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.211,2	8.145,7	65,5	7.698,6	7.650,3	48,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5,0	5,0	-	5,0	5,0	-
Beteiligungen	36,8	36,8	-	0,0	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	151,9	-	151,9

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften

in Mill. EUR	Konzern		AG	
	Verbundene Unternehmen	Beteili-gungen	Verbundene Unternehmen	Beteili-gungen
Forderungen an Kreditinstitute	63,5	19,1	6.826,7	19,1
Forderungen an Kunden	345,6	13,0	1.914,4	0,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	424,1	6.178,9	2.396,4	6.171,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24,3	9,7	17,0	-

Treuhandgeschäfte

in Mill. EUR	Konzern		AG	
	31.03.04	31.03.03	31.03.04	31.03.03
Forderungen an Kunden	3,6	4,3	3,6	4,3
Beteiligungen	1,4	1,4	1,4	1,4
Treuhandvermögen	5,0	5,7	5,0	5,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,0	5,7	5,0	5,7
Treuhandverbindlichkeiten	5,0	5,7	5,0	5,7

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den folgenden Aktivposten enthalten:

in Mill. EUR	Konzern	AG
Forderungen an Kunden	242,4	118,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12,2	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	71,6

Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in EURO umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

in Mill. EUR	Konzern		AG	
	31.03.04	31.03.03	31.03.04	31.03.03
Vermögensgegenstände	4.680	5.093	4.745	4.805
Schulden	2.804	2.321	3.156	2.566

Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind als größter Einzelposten sowohl im Konzern als auch in der AG anteilige Zinsen aus Zinsswap- und Zins- und Währungsswapgeschäften (Konzern mit 353 Mill. EUR/ AG mit 345 Mill. EUR) enthalten. Darüber hinaus werden in diesem Bilanzposten die von der IKB Private Equity GmbH gehaltenen Anteile an Unternehmen (Konzern: 108 Mill. EUR) ausgewiesen. Der restliche Betrag zum Bilanzausweis im Konzern und in der AG betrifft hauptsächlich Forderungen im Zahlungsverkehr und aus Lieferungen und Leistungen.

Als Sonstige Verbindlichkeiten sind sowohl im Konzern als auch in der AG die Ausschüttungsbeträge auf das Genussrechtskapital für 2003/2004 mit 39 Mill. EUR bilanziert; die anteiligen Zinsen für die nachrangigen Verbindlichkeiten und stillen Einlagen belaufen sich im Konzern auf 41 Mill. EUR und in der AG auf 36 Mill. EUR. Die anteiligen Zinsen aus Zinsswap-Verträgen betragen als größter Einzelposten im Konzern 262 Mill. EUR und in der AG 227 Mill. EUR. Als weiterer wesentlicher Posten sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 114 Mill. EUR bzw. mit 7 Mill. EUR enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten des Konzerns betrifft mit 86 Mill. EUR (AG: 85 Mill. EUR) Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB bzw. § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten).

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten des Konzerns werden 87 Mill. EUR (AG: 83 Mill. EUR) ausgewiesen, die Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB bzw. § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen) darstellen.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Die von Objektgesellschaften der IKB Immobilien Leasing GmbH in den Konzernabschluss übernommenen Sonderposten mit Rücklageanteil betreffen mit 3,6 Mill. EUR Investitionszuschüsse. Die Veränderung zum Vorjahr erklärt sich mit 2,1 Mill. EUR aus Abgängen aufgrund der Entkonsolidierung diverser Objektgesellschaften der IKB Immobilien Leasing-Gruppe und mit 0,3 Mill. EUR aus Auflösungen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und rechnen damit zum haftenden Eigenkapital. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht gegeben. Sie dürfen im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Einzelposten, die 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

Emissionsjahr	Buchwert Mill. EUR	Emissions- Währung	Zinssatz %	Fälligkeit
2000/01	150,0	EUR	6,00	27.02.09
2002/03	* 250,0	EUR	5,42	31.12.31
2003/04	300,0	EUR	4,50	09.07.13

* Floateremission mit variabler Verzinsung

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich im Konzern auf 1.041,8 Mill. EUR und in der AG auf 1.291,8 Mill. EUR. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr im Konzern 50,6 (im Vj.: 54,5²) Mill. EUR und in der AG 61,4 (i.Vj. 63,8) Mill. EUR.

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital in Höhe von 562,6 Mill. EUR erfüllt mit 468,2 Mill. EUR die Voraussetzung des § 10 Abs. 5 KWG und dient damit der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Es nimmt bis zur vollen Höhe am Verlust teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Rahmen eines vorhandenen Bilanzgewinnes. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

² Vorjahreswert ist angepasst

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	Buchwert Mill. EUR	Emissions- währung	Zinssatz %	Fälligkeit
1993/94	92,0	DM	7,30	31.03.05
1994/95	92,0	DM	6,45	31.03.06
1995/96	81,8	DM	8,40	31.03.07
1997/98	102,3	DM	7,05	31.03.09
1999/00	20,0	EUR	7,23	31.03.10
2001/02	100,0	EUR	6,50	31.03.12
2001/02	74,5	EUR	6,55	31.03.12
562,6				

Für das Geschäftsjahr 2003/2004 sind Zinsen auf das Genussrechtskapital in Höhe von 41,2 Mill. EUR (Vj.: 44,7 Mill. EUR) angefallen und im Zinsaufwand enthalten.

Der Vorstand wurde ermächtigt, bis zum 30. August 2007 einmalig oder mehrmals Genussscheine – auch mit Wandlungs- oder Optionsrechten – im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 300 Mill. mit einer Laufzeit von längstens 15 Jahren auszugeben. Den Inhabern dieser Genussscheine können Wandlungs- und Optionsrechte mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu EUR 22,5 Mill. eingeräumt werden. Von dieser Ermachtung wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Entwicklung des Kapitals

1. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt am Bilanzstichtag 225.280.000,00 EUR und ist eingeteilt in 88.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

Zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 3. September 2004 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 300 Mill. EUR besteht ein bedingtes Kapital von 22,5 Mill. EUR. Außerdem wurde ein bis zum 30. August 2007 befristetes genehmigtes Kapital in Höhe von 76,8 Mill. EUR geschaffen.

Von diesen Ermächtigungen wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

2. Hybride Kapitalinstrumente

Das hybride Kernkapital beträgt zum 31. März 2004 im Konzern 820 Mill. EUR (im Vj.: 620 Mill. EUR) und in der AG 400 Mill. EUR (Vj.: 200 Mill. EUR). Es entspricht den Anforderungen des § 10 Abs. 4 KWG und wird damit unserem aufsichtsrechtlichen Kernkapital zugerechnet.

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter oder Vorzugsaktien (Preferred Shares), wobei letztere durch eine eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaft begeben wurden. Im Unterschied zum Ergänzungskapital bestehen bei diesen Instrumenten härtere Anforderungen hinsichtlich ihrer Laufzeiten. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit - zulässig, die frühestens nach 10 Jahren ausgesprochen werden kann; bei Preferred Shares ist eine für den Investor unbegrenzte Laufzeit vereinbart.

Darüber hinaus dürfen hybride Kapitalinstrumente im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genussscheinemissionen bedient werden.

Der Zinsaufwand für die hybriden Kapitalinstrumente beträgt im Konzern 40 Mill. EUR (Vj.: 26 Mill. EUR) und in der AG 17 Mill. EUR (Vj.: 4 Mill. EUR).

3. Konzernbilanzgewinn

Der Konzernbilanzgewinn wird in Abänderung zum Vorjahr im Konzernabschluss in Höhe der zur Ausschüttung vorgesehenen Dividendensumme ausgewiesen. Die in den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen vorgenommenen Zuführungen zu den Gewinnrücklagen werden nicht in die Ergebnisverwendung der Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung übernommen. Die Zuführung zu den Konzernrücklagen ergibt sich aus dem Konzern-Jahresüberschuss abzüglich bzw. zuzüglich der auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinne bzw. Verluste und abzüglich der vorgesehenen Dividendensumme. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

(Angaben in Mill. EUR)

	<u>2004</u>	<u>2003</u>
Stand Eigenkapital des Mutterunternehmens am 31.3. des Vorjahres	1.786	1.311
Gezeichnetes Kapital des Mutterunternehmens	--	--
+ Hybride Kapitalinstrumente	200	450
+ Kapitalrücklage	--	--
+ erwirtschaftetes Konzerneigenkapital	39	25
+ kumuliertes übriges Konzernergebnis, soweit es auf Gesellschafter der Mutterunternehmens entfällt (hier: Ergebnis aus der Entkonsolidierung verschiedener Objektgesellschaften)	9	--
= Eigenkapital des Mutterunternehmens gemäß Konzernbilanz	<u>2.034</u>	<u>1.786</u>
- eigene Anteile, die nicht zur Einziehung bestimmt sind	--	--
= Eigenkapital des Mutterunternehmens	<u>2.034</u>	<u>1.786</u>

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

-Fortsetzung-

Stand Eigenkapital d. Minderheitengesellschafter 31.03. des Vorjahres	11	14
- Veränderung Eigenkapital der Minderheitengesellschafter	-13	-3
- davon: Minderheitenkapital	23	-3
- davon: kumuliertes übriges Konzernergebnis, soweit es auf Minderheitengesellschafter entfällt		
(hier: Ergebnis aus der Entkonsolidierung verschiedener Objektgesellschaften)	-36	--
Eigenkapital der Minderheitengesellschafter 31.03.	<u>-2</u>	<u>11</u>
Konzerneigenkapital am 31.03.	<u>2.032</u>	<u>1.797</u>

Entwicklung des Kapitals in der AG**2004****2003**

in Mill. EUR

Stand am 1.4. des Vorjahres	1.407,7	1.165,1
Ausschüttung des Bilanzgewinns des Vorjahres	-67,8	-67,8
Einstellung in die Anderen Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	28,6	42,6
Zugang Hybride Kapitalinstrumente	200,0	200,0
Bilanzgewinn am 31.3.	70,4	67,8
Stand am 31.3.	1.638,9	1.407,7

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die risikogewichteten Aktiva in Mill. EUR sowie die Kapital- und Grundsatz I- Quoten im Konzern stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

zum 31.03.2004					Gesamt
Anrechnungsbeträge in %	100	50	20	10	Mill EUR
Bilanzielle Geschäfte	21.039	1.319	343	437	23.138
Außerbilanzielle Geschäfte	1.695	962	41		2.698
Derivatgeschäft des Anlagebuches		97	382		479
Gewichtete Risikoaktiva gesamt	22.877	2.378	767	437	26.315
Anrechnungsbetrag der Marktrisikoposition					313
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen					26.628
Haftendes Eigenkapital 1)					3.411
Anrechenbare Eigenmittel 1)					3.411
Kernkapitalquote (in %)					7,4
Eigenmittelquote (in %)					12,8

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

zum 31.03.2003					Gesamt
Anrechnungsbeträge in %	100	50	20	10	Mill EUR
Bilanzielle Geschäfte	17.811	1.729	562	348	20.450
Außerbilanzielle Geschäfte	2.127	885	43		3.055
Derivatgeschäft des Anlagebuches		97	502		599
Gewichtete Risikoaktiva gesamt	19.938	2.711	1.107	348	24.104
Anrechnungsbetrag der Marktrisikoposition					425
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen					24.529
Haftendes Eigenkapital					2.972
Anrechenbare Eigenmittel					2.972
Kernkapitalquote (in %)					7,4
Eigenmittelquote (in %)					12,1

1) Nach Feststellung des Jahresabschlusses

Eventualverbindlichkeiten/ Andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten in Mill. EUR	Konzern	AG
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	1.670	3.789
Haftungsübernahmen	206	205
Insgesamt	1.876	3.994

Andere Verpflichtungen in Mill. EUR	Konzern	AG
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	7.043	6.733
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	1.677	1.599
Insgesamt	8.720	8.332

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch Kreditderivate-Kontrakte in der Ausprägung als Credit Default Swap (Sicherungsgeber) von insgesamt 1.115 Mill. EUR (Vj. 1.334 Mill. EUR) enthalten. Hierbei haben wir jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im voraus definiertes Kreditereignis übernommen. Die einzelnen Portfolien wurden von dem unabhängigen Unternehmen Moody's mit insgesamt über zwei Drittel in die besten Ratingklassen Aaa bis A eingestuft.

In dem Posten „Andere Verpflichtungen“ sind 16 Kreditzusagen über insgesamt 6,7 Mrd. EUR Gegenwert an Spezialgesellschaften enthalten, die nur im Falle von kurzfristigen Liquiditätspässen greifen.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung erfüllt die Berichtsanforderungen des Deutschen Rechnungslegung Standards Committee (DRS 2-10) und zeigt den Stand sowie die Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns.

Die Entwicklung der Zahlungsmittel wird entsprechend ihrer Entstehung in die folgenden drei Teilbereiche gegliedert: Operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung beziehungsweise Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital und Hybriden Kapitalinstrumenten sowie mit Nachrang- und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden gemäß internationalen Usancen für Kreditinstitute der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Der Stand der Zahlungsmittel entspricht dem Bilanzposten „Barreserve“ und enthält im Wesentlichen die Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie den Kassenbestand.

Kapitalflussrechnung in Mill. EUR

2003/2004 2002/2003

Konzern-Jahresüberschuss	105	86
---------------------------------	-----	----

*Im Jahresüberschuß enthaltene zahlungsunwirksame Posten
und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer
Geschäftstätigkeit*

Veränderungen der Risikovorsorge und der Rückstellungen im Kreditgeschäft	293	260
Abschreibungen auf Sachanlagen, Leasinggegenstände und Finanzanlagen	366	301
Auf Fremde Gesellschafter entfallender Gewinn bzw. Verlust per saldo	2	8
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (i.w. Veränderung der Rückstellungen)	34	103
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen und Sachanlagevermögen	-	-2
Sonstige Anpassungen (i.w. Umgliederung erhaltene und gezahlte Zinsen incl. Ergebnisse aus Leasinggeschäften und gezahlte Ertragsteuern)	-809	-877
Zwischensumme	-9	-121

*Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus
operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um
zahlungsunwirksame Bestandteile
Forderungen*

an Kreditinstitute	954	-454
an Kunden	495	-330
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsliche Wertpapiere	-2.290	-1.008
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	-50	-1
Leasinggegenstände	-466	-266
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	62	479
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	-872	644
gegenüber Kunden	216	-231
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.034	715
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-167	-180
Erhaltene Zinsen und Dividenden	3.188	3.087
Gezahlte Zinsen	-2.385	-2.344
Ertragsteuerzahlungen	-108	-62
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-398	-72
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	-	3
Sachanlagevermögen	1	4
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-33	-1
Sachanlagevermögen	-43	-50
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	3	-
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-72	-44
Dividendenzahlungen	-68	-68

Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit per Saldo (i.W. Nachrangige Verbindlichkeiten/Genussrechtskapital/Gewinnrücklagen/ Anteile in Fremdbesitz)	545	200
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit *)	477	132
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	27	11
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-398	-72
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-72	-44
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	477	132
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	34	27

*) Ausweis der Anteile in Fremdbesitz erfolgte im Vorjahr beim Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit
Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie aus dem von der IKB Private Equity gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 28 Mill.EUR und in der AG auf 1,3 TEUR.

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Daneben tragen wir eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörender Gesellschafter. Ferner hat die Bank sich gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten frei zu halten, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die IKB Immobilien Leasing-Gruppe ist aus kontrahierten Leasingverträgen zu ihrem Bilanzstichtag 31.12.2003 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 90 Mill. EUR eingegangen, die noch nicht im bilanzierten Leasingvermögen enthalten sind.

Bei der IKB Leasing GmbH, Hamburg, bestehen Verpflichtungen aus Sales- und Lease back-Geschäften in Höhe von 59 Mill. EUR. Diesen Verpflichtungen stehen entsprechende Ansprüche an Leasingnehmer gegenüber.

Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre 100%igen Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß § 285 Nr. 11 HGB/§ 313 Abs. 2 HGB als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können. Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zu Gunsten der Tochtergesellschaften IKB Finanz Leasing AG, Budapest, und IKB Leasing Hungaria GmbH, Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben; desweiteren besteht für die IKB Leasing CR, Prag, zur Besicherung einer Kreditlinie gegenüber der Commerzbank AG, Filiale Prag, eine entsprechende Patronatserklärung.

Sicherheitenleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Im Konzern und in der AG wurden für nachstehend aufgeführte Verbindlichkeiten Vermögensgegenstände nebst Sicherheiten von insgesamt 6.601,0 Mill. EUR abgetreten.

in Mill. EUR

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.577,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23,8
	<hr/> 6.601,0 <hr/>

Sicherheiten stellen wir vor allem für Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie anderer Förderinstitute. Die Vergabe von Darlehen haben diese Institute an die Stellung von Sicherheiten geknüpft.

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten (Angaben gem. § 35 Abs. 5 RechKredV)

Bei der Deutschen Bundesbank sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 4,6 Mrd. EUR als Sicherheiten für das Tendersverfahren der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 3,0 Mrd. EUR in Anspruch genommen.

Wir haben bei folgenden Kreditinstituten Barsicherheitsleistungen (Call Accounts) im Zusammenhang mit Kreditderivategeschäften erbracht:

- JP Morgan Chase Bank, London 290 Mill. EUR
- Wachovia Bank N.A., Charlotte/California 250 Mill. EUR.

Im Rahmen des Collateral Managements haben wir für Zinsderivate folgende Barsicherheiten gegeben:

- Dresdner Bank AG, Frankfurt 10 Mill. EUR
- Royal Bank of Scotland, Edinburgh 18 Mill. EUR
- WestLB AG, Düsseldorf 4 Mill. EUR.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nennwert von 3,5 Mill. EUR gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt, verpfändet. Im Rahmen des Futures-Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der ING BHF-BANK AG, Frankfurt, Wertpapiere mit einem Nominalwert von 5 Mill. EUR verpfändet. Für den Wertpapierhandel in Luxemburg ist bei der Clearstream Banking, Luxemburg, ein Wertpapier über nominal 7 Mill. EUR als Sicherheit hinterlegt. Für ein von der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) erhaltenes Globaldarlehen über 50 Mill. EUR hat die Bank zu Gunsten der LfA ein Wertpapier über nominal 51,1 Mill. EUR verpfändet.

Im Rahmen der Emission von Credit Linked Notes über nom. 534 Mill. USD (vor Tilgung) sind zum Bilanzstichtag noch Wertpapiere der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von nom. 100 Mill. USD zu Gunsten eines Treuhänders hinterlegt. Darüber hinaus sind als Sicherheit im Rahmen einer Emission Wertpapiere mit einem Nominalwert von 67 Mill. USD gegenüber der WestLB AG, Filiale London, verpfändet.

Die IKB Immobilien Leasing-Gruppe hat zur Besicherung von aufgenommenen Darlehen bei Fremdbanken Grundpfandrechte in Höhe von 424 Mill. EUR übertragen.

Termingeschäfte

Wir schließen im Konzern Termingeschäfte (Swaps, Forward Rate Agreements und Futures) ab, die nahezu ausschliesslich bilanzwirksame Geschäfte und Eigenmittelanlagen absichern. Nur in eingeschränktem Umfang wird ein Handel in diesen Instrumenten betrieben. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Knapp 91% aller Derivategeschäfte entfallen im Konzern und 97,5% in der AG auf OECD-Banken, die als erstklassig einzustufen sind. Der restliche Teil betrifft überwiegend Kontrakte mit Kundenfirmen. Der wesentliche Teil des Derivatevolumens entfällt mit 23,6 Mrd. EUR (AG 20,7 Mrd. EUR) auf die zinsbezogenen Geschäfte, wobei die Zinsswap-Geschäfte die dominierende Produktart sind.

Zur Verdeutlichung des Adressenausfallrisikos sind neben den Nominalvolumina zusätzlich die Bonitätsgewichtungen als Kreditäquivalente und die positiven Marktwerte (Adressrisiko) der Termingeschäfte dargestellt, basierend auf den bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften (abgeleitet aus den Zahlen für den Grundsatz I). Das als Summe sämtlicher positiver Marktwerte definierte Adressrisiko beläuft sich zum Stichtag im Konzern auf 1,7 Mrd. EUR und in der AG auf 1,6 Mrd. EUR, dies sind jeweils 6% des Nominalvolumens. Bestehende Netting-Vereinbarungen, die im Insolvenzfall eine Aufrechnung der gegenüber einem Kontrahenten bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten ermöglichen, sind hierbei nicht abgesetzt.

Gliederung nach Produktgruppen / Restlaufzeiten zum 31.03.2004

KONZERN in Mill. EUR	Nominalbetrag				Kreditäquivalent				Adress- risiko
	bis 1 Jahr	ü. 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	bis 1 Jahr	ü. 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	Summe
1. Zinsbezogene Geschäfte									
OTC- Produkte									
Forward Rate Agreements	30	-	-	30	0	-	-	-	0
Zins-Swaps	2.305	7.295	12.704	22.304	24	148	1.573	1.745	1.518
Zinsoptionen	90	153	248	491	0	1	18	19	14
Forward Bonds	241	221	284	746	6	1	90	97	92
2. Währungsbezogene Geschäfte									
OTC- Produkte									
Devisentermingeschäfte	1.798	15	-	1.813	25	1	-	26	7
Cross-Currency-Swaps	187	2.285	415	2.887	3	143	49	195	47
Devisenoptionen	25	30	-	55	1	2	-	3	1
3. Aktien-/ Indexbezogene Geschäfte									
Börsengehandelte Produkte									
Aktienoptionen	1	-	-	1	0	-	-	0	0
Aktienindex-Optionen	1	-	-	1	0	-	-	0	0
Gesamt	4.678	9.999	13.651	28.328	59	296	1.730	2.085	1.679

Gliederung nach Produktgruppen / Restlaufzeiten zum 31.03.2004

AG In Mill. EUR	Nominalbetrag				Kreditäquivalent				Adress- risiko
	bis 1 Jahr	ü. 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	bis 1 Jahr	ü. 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	Summe
1. Zinsbezogene Geschäfte									
OTC-Produkte									
Zins-Swaps	2.330	6.596	10.901	19.827	29	184	1.532	1.745	1.549
Zinsoptionen	90	49	304	443	0	0	18	18	14
Forward Bonds	241	221	-	462	6	1	-	7	6
2. Währungsbezogene Geschäfte									
OTC-Produkte									
Devisentermingeschäfte	1.757	-	-	1.757	25	-	-	25	7
Cross-Currency-Swaps	124	2.239	419	2.782	2	137	48	187	43
Devisenoptionen	25	30	-	55	1	2	-	3	1
3. Aktien-/Indexbezogene Geschäfte									
Börsengehandelte -Produkte									
Aktienoptionen	1	-	-	1	0	-	-	0	0
Index-Swaps	1	-	-	1	0	-	-	0	0
Gesamt	4.569	9.135	11.624	25.328	63	324	1.598	1.985	1.620

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist nach den Geschäftsfeldern der Bank ausgerichtet. Diese Geschäftsfelder agieren eigenständig am Markt. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass die Geschäftsfelder wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet werden. Die operativen Geschäftsfelder sind:

- Unternehmensfinanzierung (UF)
- Immobilienfinanzierung (IF)
- Strukturierte Finanzierung (SF)
- Private Equity (PE),
- Leasing und
- Verbriefungen.

Im Segment „Verbriefungen“ weisen wir die Ergebnisse aus den Aktivitäten der Bank aus, die durch Investments in internationale Kreditportfolien, Beratung von Spezialfonds und die Verbriefung und Ausplatzierung von Kreditrisiken entstehen.

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne, controllingorientierte Geschäftsfeldrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Diese Vorgehensweise entspricht der Empfehlung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) für Kreditinstitute.

Die Angaben zum Geschäftsfeld Private Equity entsprechen dem handelsrechtlichen Ausweis des Teilkonzerns IKB Private Equity. In der Segmentberichterstattung ist das Kreditvolumen der PE ganzjährig durchschnittlich mit 25% Eigenkapital unterlegt. Die entsprechende formale Kapitalerhöhung wurde Ende 2003 durchgeführt.

Den übrigen Geschäftsfeldern werden Erträge und Kosten gemäß ihrer Verantwortlichkeit zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft ist nach der Marktzinsmethode ermittelt und enthält auch den Anlageertrag aus den wirtschaftlichen Eigenmitteln. Dieser Anlageertrag wird über das zugeordnete durchschnittliche Kernkapital, welches auf Basis der durchschnittlichen Risikoaktiva (gem. Grundsatz I) ermittelt wird, den jeweiligen Geschäftsfeldern zugewiesen. Dabei werden die Geschäftsfelder mit einer Kernkapitalquote von 4,8%, bezogen auf die Risikoaktiva, ausgestattet. Der Ausweis des durchschnittlich zugeordneten negativen Kernkapitals im Segment „Verbriefungen“ resultiert aus den Kapitalentlastungen durch die CLO-Transaktionen unter Verrechnung mit dem in Anspruch genommenen Kernkapital aus den Investments in internationale Kreditportfolien. Die Personal- und Sachkosten der Zentrale wurden – soweit verursachungsgerecht zurechenbar - auf die Geschäftsfelder verrechnet. Dabei wurden erstmals im Geschäftsjahr auch Projektkosten den Geschäftsfeldern zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern standen. Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

Die Zuordnung der Risikokosten für Kreditengagements zu den Geschäftsfeldern erfolgt nach der Methode der Standardrisikokosten. Die Risikokosten der Zentrale ergeben sich aus der Differenz zwischen den bei den Einheiten verrechneten Standardrisikokosten und des Risikovorsorgesaldos aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Segmenterfolg ist durch das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des jeweiligen Geschäftsfeldes gekennzeichnet. Darüber hinaus messen wir das Ergebnis der Geschäftsfelder anhand der Kennziffern Eigenkapital-Rentabilität und der Kosten-/Ertrags-Relation (Cost/Income-Ratio). Die Eigenkapital-Rendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum durchschnittlich zugeordneten Kernkapital. Die Cost/Income-Ratio ermitteln wir aus dem Quotienten Verwaltungsaufwand zu Erträgen.

Segmentberichterstattung nach Unternehmensbereichen
- Geschäftsbericht -
Geschäftsjahr 2003/04 Zeitraum 1.4.2003 - 31.3.2004

alle Angaben in MioEUR	UF		IF		SF		PE		Leasing		Verbriefungen		Zentrale / Konsolidierung		Gesamt	
	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03
GUV																
Zinsüberschuss	230,5	225,1	84,0	81,7	99,3	94,0	10,1	4,1	44,6	43,6	29,3	2,4	27,6	34,1	525,4	485,0
Provisionsüberschuss	6,4	5,7	9,3	7,9	15,5	14,4	-0,3	-0,6	-4,7	-3,7	58,4	45,3	0,1	-4,9	84,7	64,1
Zins- und Provisionsüberschuss	236,9	230,8	93,3	89,6	114,8	108,4	9,8	3,5	39,9	39,9	87,7	47,7	27,7	29,2	610,1	549,1
Verwaltungsaufwendungen	67,1	65,2	25,8	24,3	32,9	31,3	6,7	7,4	26,9	25,5	8,8	4,5	64,0	61,7	232,2	219,9
Personalaufwand	50,3	49,8	18,1	17,9	22,2	21,1	4,6	4,8	17,5	16,2	3,4	2,2	30,7	25,8	146,8	137,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	16,8	15,4	7,7	6,4	10,7	10,2	2,1	2,6	9,4	9,3	5,4	2,3	33,3	35,9	85,4	82,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,2	0,5	10,9	13,7	9,7	0,0	0,0	-0,1	0,2	14,4	21,0
Risikovorsorge	59,1	62,8	24,9	24,1	15,8	18,4	3,3	6,3	3,1	5,2	3,2	6,5	102,3	60,1	211,7	183,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110,7	102,8	42,6	41,2	66,4	58,9	0,3	0,7	23,6	18,9	75,7	36,7	-138,7	-92,4	180,6	166,8
Æ Zugeordnetes Kernkapital	606	626	232	241	175	179	70	24	51	47	-107	-204	128	199	1.155	1.112
Stichtags-Kreditvolumen zum 31.3.**	15.467	16.022	5.509	5.532	3.833	4.209	265	191	2.418	2.659	3.216	1.937	494	171	31.202	30.721
Cost/Income-Ratio in %	28,3	28,2	27,7	27,1	28,6	28,8	65,0	51,4	50,2	51,4	10,0	9,4			37,2	38,6
EK-Rentabilität in %	18,3	16,4	18,4	17,1	37,9	32,9	0,4	2,9	46,3	40,2	k.A.	k.A.			15,6	15,0
Æ Bestand Mitarbeiter	296	299	128	126	130	126	43	46	127	125	14	10	731	701	1.469	1.433
Neugeschäftsvolumen	3.118	2.658	792	765	1.601	1.494	97	32	960	710	1.327	1.402	303	-117	8.198	6.944

*inkl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

**Ausweis des Stichtagskreditvolumens inklusive Corporate Bonds / Credit Linked Notes

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen
- Geschäftsbericht -
Geschäftsjahr 2003/04 Zeitraum 1.4.2003 - 31.3.2004

alle Angaben in MioEUR	Deutschland		übriges Europa		Amerika		Zentrale / Konsolidierung		Gesamt	
	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03	1.4.03 - 31.3.04	1.4.02 - 31.3.03
GUV										
Zinsüberschuss	346,6	328,6	136,6	111,8	14,6	10,5	27,6	34,1	525,4	485,0
Provisionsüberschuss	75,9	60,3	9,0	8,6	-0,3	0,1	0,1	-4,9	84,7	64,1
Zins- und Provisionsüberschuss	422,5	388,9	145,6	120,4	14,3	10,6	27,7	29,2	610,1	549,1
Verwaltungsaufwendungen	150,8	139,1	14,0	15,0	3,4	4,1	64,0	61,7	232,2	219,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	14,0	20,3	0,2	0,3	0,3	0,2	-0,1	0,2	14,4	21,0
Risikovorsorge	77,4	89,0	31,0	32,8	1,0	1,5	102,3	60,1	211,7	183,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	208,3	181,1	100,8	72,9	10,2	5,2	-138,7	-92,4	180,6	166,8

*inkl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Die Zuordnung der Segmente nach geografischen Bereichen erfolgt nach dem jeweiligen Sitz unserer Betriebsstätten oder Konzernunternehmen.

Mit dieser Darstellung erfüllen wir gleichzeitig die Anforderung der EU-Bankbilanzrichtlinie an eine regionale Aufgliederung der Ertragspositionen.

Zuführungen/Auflösungen der Risikovorsorge im Konzern

	2003/04	2002/03
in Mill. EUR		
Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen/ Direktabschreibungen abzüglich Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	308	269
Zuführung zu Pauschalwertberichtigungen	4	4
Auflösung von Wertberichtigungen	<u>28</u>	<u>25</u>
Nettorisikovorsorge	284	248
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	72	65
Risikovorsorgesaldo	212	183

Risikovorsorgebestand im Konzern

in Mill. EUR	Stand 01.04.03	Inanspruch- nahme	Auf- lösung	Zu- führung	Stand 31.03.04
Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen für das Kreditgeschäft	910	208	28	284	958
Pauschalwertberichtigungen	43	-	-	4	47
Risikovorsorgebestand insgesamt	953	208	28	288	1.005

Verwaltungsdienstleistungen

Wir erbringen Verwaltungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft, insbesondere im Avalgeschäft. Die Erträge hieraus sind in den Provisionserträgen enthalten.

Bezüge der Organe und des Beraterkreises

in TEUR	Konzern		AG	
Mitglieder des Vorstands				
Festbezüge	2.253		2.078	
Variable Bezüge	<u>2.500</u>	4.753	<u>2.500</u>	4.578
Mitglieder des Aufsichtsrats				
Festbezüge	102		102	
Variable Bezüge	825		825	
Reisekosten/Umsatzsteuer	<u>145</u>	1.072	<u>145</u>	1.072
Mitglieder des Beraterkreises (incl.Umsatzsteuer)		574		574
Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene		2.245		2.245

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 20,5 Mill. EUR zurück gestellt.

Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands erhalten derzeit Bezüge, die sich zusammensetzen aus

- einer festen jährlichen Grundvergütung, die in monatlichen Bezügen ausbezahlt wird und
- einer variablen Vergütung (deren Anteil an der Gesamtvergütung ca. 55% beträgt).

Die Höhe der variablen Vergütung wird durch ein Zielvereinbarungssystem bestimmt, das zu je 50% unternehmenserfolgsabhängige und individuelle Ziele beinhaltet. Die unternehmenserfolgsabhängigen Ziele betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, die Cost/Income-Ratio und die EK-Rendite. Die individuellen Ziele betreffen ressort-, funktions- und projektbezogene Ziele. In diesem Rahmen wird zunächst eine Zieltantieme festgelegt. Die Feststellung der erreichten Tantieme erfolgt dann entsprechend dem Erfüllungsgrad der Ziele auf einer Skala zwischen einer Mindesttantieme von 30% der Zieltantieme bis zur Möglichkeit ihrer Verdoppelung. Die variablen Vergütungen werden jedes Jahr nach Vorlage des Jahres- und Konzernjahresabschlusses festgelegt. In diesem Zusammenhang wird auch die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses überprüft. Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen bei der Bank nicht.

Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfaßt die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder somit fixe und variable Bestandteile unter Einbeziehung der Konzernbezüge. Kriterien für die Höhe der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfeldes. Das Tantiemesystem hat Risikocharakter, so dass es sich insoweit um keine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Struktur des Vergütungssystems für den Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung der IKB Deutsche Industriebank AG festgelegt. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats neben dem Ersatz ihrer baren Auslagen und der auf ihre Bezüge anfallenden Umsatzsteuer eine feste Vergütung pro Geschäftsjahr, die für das einzelne Mitglied 4.000,- EUR, für den Vorsitzenden das Doppelte und für jeden stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache beträgt. Außerdem erhält der Aufsichtsrat eine am Unternehmensergebnis orientierte Vergütung, die für jeden Cent Dividende pro Aktie, welcher 25 Cent Dividende pro Aktie übersteigt, 15.000,- EUR beträgt. Der Gesamtbetrag der variablen Vergütung wird nach demselben Schlüssel wie eine feste Vergütung verteilt. Das Mitglied des Finanz- und Prüfungsausschusses aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhält zusätzlich eine feste Vergütung in Höhe von 10.000,- EUR pro Geschäftsjahr.

Bei einem Personenwechsel im laufenden Geschäftsjahr wird die Vergütung zeitanteilig gewährt.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollarbeitszeitkräften)

	Konzern		AG	
	2003/04	2002/03	2003/04	2002/03
männlich	892	846	636	597
weiblich	577	587	397	407
gesamt	1.469	1.433	1.033	1.004

Corporate Governance

Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß 161 AktG

Am 7. Juli 2003 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Directors` Dealings gemäß § 15 a WpHG

Nachstehend geben wir einen Überblick über die von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen getätigten Käufe und Verkäufe von Aktien der IKB Deutsche Industriebank AG:

Datum des Geschäftsabschlusses	Name	Funktion	Kauf/ Verkauf	Stückzahl	Kurs/ Preis in EUR
12.12.2003	Hermann Franzen	Mitglied des Aufsichtsrates	Kauf	2.300	17,60

Mitteilungspflichtiger Besitz nach Ziff. 6.6 Abs. 2 S. 2 und 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2004 nicht vor.

Berichterstattung über Beziehungen zu nahe stehenden Personen

Gemäß DRS 11 berichten wir über die Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen.

An der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) halten folgende Aktionäre größere Aktienpakete:

- KfW Beteiligungsholding GmbH 37,8%
- Stiftung zur Förderung der Forschung
für die gewerbliche Wirtschaft 11,7% .

Die restlichen Aktienanteile befinden sich in Streubesitz.

Bei der KfW Beteiligungsholding GmbH handelt es sich um eine 100%ige Tochtergesellschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main (KfW). Die KfW ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, an der die Bundesrepublik Deutschland (Bund) zu 80% und die Länder zu 20% beteiligt sind. Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau untersteht die KfW der Aufsicht der Bundesregierung.

Im Hinblick auf die Präsenz des stimmberechtigten Kapitals in den Hauptversammlungen der IKB hatte die KfW in den beiden letzten Jahren die HV-Mehrheit mit einem Stimmanteil von über 50%.

Auf die KfW kann der Bund beherrschenden Einfluss ausüben. Der Bund hält 80 % der Anteile an der KfW. Außerdem hat er maßgeblichen Einfluss auf die Besetzung des Verwaltungsrates der KfW. Die IKB-Anteile, die der KfW gehören, gelten demnach gemäß § 16 Abs. 4 AktG als Anteile, die dem Bund gehören. Die IKB ist aufgrund dessen vom Bund abhängig.

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt, der nicht veröffentlicht wird.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen im Kundenkreditgeschäft:

Personenkreis	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) (TEUR)	Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)	Durchschnittliche Verzinsung (%)
Vorstand	-		
Leitende Mitarbeiter	80	7,3	4,6
Arbeitnehmervertreter im AR	91	6,8	4,4
Aktionärsvertreter im AR	1.100	4,2	3,7
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	71.898	2,8	6,5
Gesamt	73.169	2,8	6,5

Hinweis: Mit diesen Angaben erfüllen wir gleichzeitig die Vorgaben des § 285 Abs. 9 HGB.

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und sind durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert.

Diese Engagements stellen 0,3% unserer gesamten Kundenforderungen im Konzern dar.

Darüber hinaus halten wir Wertpapiere von durch Aktionärsvertretern beherrschten Unternehmen im Volumen von 15 Mill. EUR im Bestand. Die durchschnittliche Restlaufzeit dieser Wertpapiere beträgt 4,4 Jahre, die durchschnittliche Verzinsung 4,4%.

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB / § 313 Abs. 2 HGB				
	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
A. Konsolidierte Tochterunternehmen				
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100	311.467 4)	2.532
2. Inländische sonstige Unternehmen				
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100	4.000	- 1)
IKB Facility Management GmbH, Düsseldorf	x	100	1.352	352
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	47	10
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf	x	100	6.391	-250 5)
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	x	100	8.549	-45 5)
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf	x	100	8.670	1.663 5)
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Wilhelm-Bötzkes-Straße KG, Düsseldorf	x	100	58.892	1.101 5)
IKB Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf	x	100	5.194	- 1)
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100	30.000	- 1)
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100	8.000	- 1)
IKB Mezzanine GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100	7	-48 3)5)
IKB Mezzanine Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	x	100	20	0 3)
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100	70.000	- 1)
AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100	4.881	82

3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	34.495	5.149
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100	7.835	494
IKB FINANCIERE FRANCE S.A., Paris	x	100	73.849	1.161
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x 6)	100	250.024	4) -3
B. Assoziierte Unternehmen				
IKB CorporateLAB S.A., Luxemburg		50	10.627	627 3)
C. Nicht konsolidierte Unternehmen 2)				
1. Inländische Unternehmen				
IKB Projektentwicklung GmbH, Düsseldorf	x	100	569	49
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		25	8.777	4.382 3)
MORSUS Immobilien GmbH, Düsseldorf	x	100	4.989	10
2. Ausländische Unternehmen				
IKB Finanz Leasing AG, Budapest	x	100	472	38 3)
IKB Funding Trust I, Wilmington, Delaware		100	0	0
IKB Leasing Hungaria GmbH, Budapest	x	100	624	83 3)
IKB Leasing Polska GmbH, Posen	x	100	1.190	-147 3)
IKB Leasing Tschechien GmbH, Prag	x	100	1.055	-697 3)
Still Location S.A.R.L., Meaux	x	100	2.092	-908 3)

1) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

2) Nicht in den Konzernabschluss einbezogen nach § 296 Abs. 2 HGB

3) Mittelbare Beteiligung

4) incl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

5) Für die Gesellschaft wird § 264 b HGB in Anspruch genommen (eigener Anhang wird nicht erstellt)

6) Nachrangige Patronatserklärung

Die vollständige Aufstellung unseres Anteilsbesitzes, die zusätzlich die namentliche Auflistung von 351 Immobilienobjektgesellschaften und deren Komplementärgesellschaften der IKB Immobilien Leasing GmbH sowie von 28 Gesellschaften der IKB Private Equity GmbH enthält, wird gemäß § 325 HGB i.V. mit § 287 HGB bei den Handelsregistern der Amtsgerichte Düsseldorf (HRB 1130) und Berlin-Charlottenburg (HRB 8860) hinterlegt; sie kann bei uns kostenlos angefordert werden.

Düsseldorf, den 11. Mai 2004

IKB Deutsche Industriebank AG
Düsseldorf und Berlin
Vorstand

Dr. Guthoff

Momburg

Neupel

Ortseifen

Schönherr

Bestätigungsvermerk

Die IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf und Berlin, hat als Mutterunternehmen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 315 Abs. 3 HGB den Lagebericht und den Konzernlagebericht zusammenzufassen und den Jahresabschluss und den Konzernabschluss gemeinsam offen zu legen. Dem Jahresabschluss sowie dem Konzernabschluss, über dessen Prüfung wir unter dem Datum vom 2. Juni 2004 gesondert berichten, und dem zusammengefassten Lagebericht haben wir den Bestätigungsvermerk gemäß Anlage 5 wie folgt erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluss und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. April 2003 bis 31. März 2004 geprüft. Die Aufstellung dieser Unterlagen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie den von ihr aufgestellten Konzernabschluss und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Jahres- und Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, im Jahres- und Konzernabschluss und in dem Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

Düsseldorf, den 2. Juni 2004

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wohlmannstetter Pukropski
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Entwicklung wichtiger Posten aus der Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank

Entwicklung wichtiger Posten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank

Gewinn- und Verlustrechnung in Mill. Euro	2003/04	2002/03	2001/02	2000/01 2)	1999/00 1)
Zinserträge, Erträge aus dem Leasinggeschäft	3.251,6	3.223,2	3.215,2	3.097,6	2.524,3
Laufende Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie aus Gewinnabführungsverträgen	2,0	1,8	4,8	2,7	36,7
Zinsaufwendungen, Aufwendungen und Abschreibungen aus dem Leasinggeschäft	2.728,2	2.740,0	2.748,7	2.661,6	2.141,3
Zinsüberschuss	525,4	485,0	471,3	438,7	419,7
Provisionsüberschuss	84,7	64,1	39,5	12,3	7,7
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,2	0,8	1,9	2,5	-2,6
Personalaufwand	146,8	137,8	133,4	117,2	107,2
Andere Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen	85,4	82,1	73,1	66,0	59,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,2	20,2	29,3	91,8	77,8
Risikovorsorgesaldo	-211,7	-183,4	-175,2	-187,2	-165,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	180,6	166,8	160,3	174,9	170,8
Sonstiges Ergebnis	--	--	--	-1,5	-10,0
Steuern	75,8	81,0	77,2	87,5	85,3
Jahresüberschuss	104,8	85,8	83,1	85,9	75,5

1) Zahlen ab 1999/00 inkl. IKB Immobilien Leasing-Gruppe; Vorjahreswerte wegen Vollkonsolidierung der IKB Immobilien Leasing-Gruppe nur eingeschränkt vergleichbar.

2) Zahlen ab 2000/01 inkl. IKB Private Equity GmbH und IKB Venture Capital GmbH; Vorjahreswerte wegen Vollkonsolidierung dieser Gesellschaften nur eingeschränkt vergleichbar.

Segmentberichterstattung

alle Angaben in MioEUR	UF		IF		SF		PE		Leasing		Verbriefungen	
	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03	1.4.04 - 30.9.04	1.4.03 - 30.9.03
G&V												
Zinsüberschuss	115,2	116,2	42,2	40,0	52,2	49,8	5,2	4,9	23,8	15,6	21,4	10,6
Provisionsüberschuss	4,6	2,7	4,5	5,5	10,3	7,9	-0,2	-0,2	-1,8	-2,4	20,0	25,8
Zins- und Provisionsüberschuss	119,8	118,9	46,7	45,5	62,5	57,7	5,0	4,7	22,0	13,2	41,4	36,4
Verwaltungsaufwendungen	34,4	33,0	14,3	12,5	17,3	16,2	3,1	3,1	14,4	13,1	5,1	2,9
Personalaufwand	25,2	25,5	9,6	9,2	11,5	11,1	2,1	2,2	9,4	8,9	2,2	1,4
Andere Verwaltungsaufwendungen	9,2	7,5	4,7	3,3	5,8	5,1	1,0	0,9	5,0	4,2	2,9	1,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	4,4	0,0	6,2	4,6	0,0	0,0
Risikovorsorge	26,3	30,2	12,2	11,9	7,0	8,6	2,1	1,1	2,3	1,3	2,7	1,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	59,1	55,7	20,2	21,1	38,3	33,0	4,2	0,5	11,5	3,4	33,6	32,4
Æ Zugeordnetes Kernkapital	593	611	238	230	190	180	70	24	54	48	-45	-139
Stichtags-Kreditvolumen zum 30.9.**	15.144	15.818	5.508	5.504	4.538	4.106	286	214	2.426	2.787	4.291	2.855
Cost/Income-Ratio in %	28,2	27,8	30,2	27,5	27,3	28,0	32,6	66,0	49,1	73,6	12,3	8,0
EK-Rentabilität in %	19,9	18,2	17,0	18,3	40,3	36,7	12,0	4,2	42,6	14,2	k.A.	k.A.
Æ Bestand Mitarbeiter	294	297	130	125	132	129	38	43	128	127	15	13
Neugeschäftsvolumen	1.415	1.521	327	326	1.340	906	41	27	240	259	1.103	1.022

*inkl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

**Ausweis des Stichtagskreditvolumens inklusive Corporate Bonds / Credit Linked Notes

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank zum 30. September 2004

Aktiva	30.9.2004 in Mill. EUR	31.3.2004 in Mill. EUR	in Mill. EUR	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	1 566	1 238	328	26
<i>täglich fällig</i>	1 143	1 070	73	7
<i>andere Forderungen</i>	423	168	255	> 100
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	97	119	- 22	- 18
Forderungen an Kunden	23 941	24 116	- 175	- 1
<i>mit vereinbarter Laufzeit</i>				
<i>oder Kündigungsfrist</i>				
<i>bis zu 4 Jahren</i>	3 019	3 117	- 98	- 3
<i>4 Jahren oder länger</i>	20 922	20 999	- 77	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9 339	8 211	1 128	14
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	66	87	- 21	- 24
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	67	78	- 11	- 14
Immaterielle Anlagewerte	2	2	0	0
Sachanlagen	258	262	- 4	- 2
Leasinggegenstände	2 249	2 231	18	1
Rechnungsabgrenzungsposten	120	108	12	11
Ausstehende Einlagen anderer Gesellschafter	27	27	0	0
Übrige Aktiva	752	596	156	26
Summe der Aktiva	38 387	36 956	1 431	4

Passiva	30.9.2004	31.3.2004	in Mill. EUR	Veränderung
	in Mill. EUR	in Mill. EUR		in %
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	14 104	15 112	-1 008	-7
<i>täglich fällig</i>	694	989	- 295	- 30
<i>befristet</i>	13 410	14 123	- 713	- 5
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	7 948	8 314	- 366	- 4
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kunden	2 292	2 228	64	3
<i>täglich fällig</i>	88	52	36	69
<i>befristet</i>	2 204	2 176	28	1
<i>davon: 4 Jahre oder länger</i>	1 700	1 903	- 203	- 11
Verbriefte Verbindlichkeiten	16 762	14 734	2 028	14
Rückstellungen	335	310	25	8
Sonderposten mit Rücklageanteil	4	4	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 155	1 042	113	11
Genussrechtskapital	563	563	--	--
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80	80	--	--
Kapital	2 230	2 032	198	10
<i>Eigenkapital</i>	1 200	1 214	- 14	- 1
<i>Gezeichnetes Kapital</i>	225	225	--	--
<i>Rücklagen</i>	924	919	5	1
<i>Konzernbilanzgewinn</i>	51	70	- 19	- 27
<i>Hybride Kapitalinstrumente</i>	1 045	820	225	27
<i>Anteile in Fremdbesitz</i>	- 15	- 2	- 13	
Rechnungsabgrenzungsposten	312	316	- 4	-1
Übrige Passiva	550	535	15	3
Summe der Passiva	38 387	36 956	1 431	4
Indossamentsverbindlichkeiten	2	2	0	0
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u.Ä.	2 248	1 874	374	20
Geschäftsvolumen	40 637	38 832	1 805	5

Gewinn- und Verlustrechnung IKB Konzern

	1.4.2004 - 30.9.2004 in Mill. EUR	1.4.2003 - 30.09.03 in Mill. EUR	Veränderung in Mill. EUR	Veränderung in %
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen, Erträge aus dem Leasinggeschäft, Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen 1)	2.045,5	1.533,7	511,8	33,4%
Zinsaufwendungen, Aufwendungen und Normalabschreibungen aus dem Leasinggeschäft	1.796,3	1.295,9	500,4	38,6%
Zinsüberschuss	249,2	237,8	11,4	4,8%
Provisionserträge	41,9	44,5	-2,6	-5,8%
Provisionsaufwendungen	5,8	4,8	1,0	20,8%
Provisionsüberschuss	36,1	39,7	-3,6	-9,1%
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,9	1,6	-0,7	-43,8%
Löhne und Gehälter	61,2	56,7	4,5	7,9%
Soziale Abgaben und Aufwendungen f. Altersvers. u. f. Unterstützung	16,5	15,3	1,2	7,8%
Personalaufwendungen	77,7	72,0	5,7	7,9%
Andere Verwaltungsaufwendungen 2)	45,3	41,0	4,3	10,5%
Verwaltungsaufwendungen	123,0	113,0	10,0	8,8%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,8	5,2	6,6	>100%
Risikovorsorgesaldo	-88,6	-90,6	-2,0	-2,2%

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit / Gewinn vor Steuern	86,4	80,7	5,7	7,1%
Substanzsteuern	2,5	2,7	-0,2	-7,4%
Ertragsteuern	32,3	33,3	-1,0	-3,0%
Gewinn nach Steuern	51,6	44,7	6,9	15,4%
Auf andere Gesellschafter entfallende Gewinne (-) / Verluste (+) per Saldo	-0,2	2,0	-2,2	>-100%
Konzernbilanzgewinn	51,4	46,7	4,7	10,1%

1) einschließlich der Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

2) einschließlich laufende Abschreibungen auf Sachanlagen

Jüngster Geschäftsgang und Geschäftsaussichten

Auch das abgelaufene Geschäftsjahr hat gezeigt, dass die im Rahmen der Risikoüberwachung und –steuerung eingesetzten Methoden, Messsysteme und Prozesse geeignet sind, Risiken frühzeitig zu identifizieren, adäquat abzubilden und damit eine fundierte Grundlage für das professionelle Risikomanagement der IKB darzustellen. Die IKB erfasst und quantifiziert in klar definierte Arten unterteilte Risiken, um sie im Rahmen der konzernweiten Risikotragfähigkeitsberechnung den vom Vorstand festgelegten Risikomassen gegenüberzustellen und somit eine verlässliche Basis für die weitere Entwicklung sicher zu stellen.

Im neuen Geschäftsjahr wird die IKB Projektaktivitäten zur Umsetzung des neuen Baseler Akkords (Basel II) und der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) fortsetzen, um die fristgerechte Fertigstellung zu gewährleisten. Im Fokus stehen hierbei vor allem die Weiterentwicklung der integrierten Datenbasis für das Meldewesen nach Basel II, das Kreditrisikocontrolling sowie das künftige externe Reporting im Zusammenhang mit den Rechnungslegungsvorschriften nach IAS.

Im Rahmen des Risikomanagements wird sich die IKB auch weiterhin dem kontinuierlichen Ausbau der Risiko-/Ertragssteuerung unter Portfoliogesichtspunkten widmen, wobei den Forderungsverbriefungen ein unverändert hoher Stellenwert beigemessen wird. Dazu gehört auch der Abgleich der Kreditmargen mit vergleichbaren Kapitalmarktpreisen als ein wesentlicher Faktor des Portfoliomanagements.

Aufgrund des vorstehenden Unternehmensberichtes sind

EUR 30.000.000,--

4,50 % Genussscheine von 2004/2015

Wertpapier-Kenn-Nummer -273 119-

der

IKB Deutsche Industriebank AG

Düsseldorf und Berlin

an der Börse Düsseldorf
zum Börsenhandel im geregelten Markt zugelassen worden.

Düsseldorf, Berlin, im Februar 2005

IKB Deutsche Industriebank AG